

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 8569. Pötschbeckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 212 B

BERLIN • Freitag, den 9. September 1932

I. JAHRGANG

Fort mit den Sondergerichten!

Die Politik der „Gleichberechtigung“.

S. H. Die Veröffentlichung der Gleichberechtigungsnote durch den deutschen Außenminister von Neurath hat für Herriot sowie für die Regierungschefs der anderen Länder, vor allem Englands und Italiens, nichts Neues gebracht. Die jetzige Bekanntgabe der Note wandte sich an die öffentliche Meinung, und zwar sowohl des Inlandes wie des Auslandes.

Daß dies nötig und wünschenswert war, lag daran: Der ursprüngliche Plan der deutschen Regierung, die Frage der Gleichberechtigung zunächst vertraulich mit Frankreich allein ins Reine zu bringen, war gescheitert; die französische Regierung hatte den Empfang der Note bekanntgegeben und sie an die Mitglieder des Vertrauenspaktes weitergeleitet, ohne daß die Öffentlichkeit Bestimmtes über den Inhalt erfahren. Seitdem kursierten die alarmierendsten Gerüchte über die deutschen Forderungen. Die spätere Zurückhaltung aller beteiligten Regierungen goß eher Öl in das nationalistische Feuer, das auf beiden Seiten des Rheins hell aufloderte, als daß sie dazu beigetragen hätte, die Schreier zur Ruhe zu bewegen.

Wir wollen uns nicht dabei aufhalten, ob der deutsche Versuch einer vertraulichen Behandlung des Themas mit den Franzosen der richtige war oder ob Herriots Schritt, die Aussprache gleich vor einem größeren Forum zu führen, den Formen einer Verständigungspolitik besser entsprach; genug, wenn wir zu dem Kern des Problems vordringen, nämlich zu Form und Inhalt der jetzt überreichten Note und zu ihrer Bedeutung für die Politik ihres eigentlichen Urhebers, des deutschen Reichswehrministers.

Der erste Eindruck, den man bei der Lektüre dieser Denkschrift hat, ist der, daß die Forderungen weit gemäßigter sind und der Ton weit vorsichtiger, als man nach all den Pressegerüchten vermuten konnte.

Wir nennen hier noch einmal die wichtigsten Gedanken der Denkschrift, die wir gestern bereits zur Kenntnis gebracht haben.

Die deutsche Regierung verlangt grundsätzlich die Aufhebung des Teils V des Versailler Vertrages,

wonach Deutschland im Gegensatz zu allen anderen Staaten verpflichtende Einschränkungen für seine Wehrmacht auferlegt werden. Sie betont ausdrücklich, daß sich die Forderung der Gleichberechtigung nicht gegen die Abrüstung richte;

es gebe keine Abrüstungsbestimmung, die Deutschland als zu radikal ablehnen würde, vorausgesetzt, daß eine solche Konvention für alle Staaten in gleicher Weise gelte.

Da aber Anlaß zu der Annahme vorliege, daß solche radikalen Maßnahmen in Genf nicht getroffen würden, erkläre sich die deutsche Regierung bereit, sich für die Laufzeit des ersten Genfer Abkommens mit

einer gewissen Modifikation ihres Rüstungsstandes zu begnügen,

die noch keine Rüstungsgleichheit herstellt. Als Vorschlag für eine solche Modifikation erwähnt sie die Erlaubnis zur Einführung gewisser Waffen, sofern sie auch in anderen Ländern zugelassen sind, eine Verkürzung der aktiven Dienstzeit und die kurzfristige

Ausbildung einer Miliz zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung sowie des Grenzschutzes.

Die Politik des Wehrministers.

Um Sinn und Zweck dieser Note, vor allem ihre innenpolitische Bedeutung zu verstehen, muß man sie einordnen in die Gesamtlage dieser deutschen Präsidentschafts-Regierung, die auf Macht, aber nicht auf Vertrauen ruht.

Außenpolitisch gesehen, handelt es sich für die deutsche Regierung weit weniger darum, durch die Gewinnung der Wehrfreiheit sich den Angriff äußerer Feinde vom Leibe halten zu können — Frankreich und Polen sind beide weit mehr auf die Erhaltung ihres jetzigen Besitzstandes als auf neue Angriffskriege aus — als vielmehr darum, nicht mehr als „Staat zweiter Klasse“ zu rangieren.

Mit diesem Gesichtspunkt stehen wir aber zugleich schon bei innenpolitischen Erwägungen. Die Befreiung von den „diskriminierenden“ Bestimmungen des Versailler Vertrags haben alle Gruppen der Rechte und darüber hinaus weite

Immer neue Anlässe zur Bildung der Einheitsfront.

Hk. Die erste Kammer des Berliner Sondergerichts (Vorsitz: Landgerichtsdirektor Tolck) hat am Mittwoch fünf kommunistische Arbeiter wegen einfachen Landfriedensbruchs zu Zuchthausstrafen verurteilt.

Die Arbeiter König und Spannagel erhielten je zwei Jahre, die Arbeiter Emmerich, Michaelis und Rührmund je ein Jahr Zuchthaus.

Drei Arbeiter wurden freigesprochen.

Es handelt sich um einen Zusammenstoß in der Nacht zum 18. August in der Höchste Straße in Berlin, einen Fall also, der bereits unter die Terror-Notverordnung fällt. 40 bis 50 Nazis waren damals von einem neuen SA-Lokal aus durch die Höchste Straße gezogen. Das, was dann weiter geschah, auf Grund der Zeugenaussagen der Nazis, zu schildern, hat natürlich keinen Sinn. Jedenfalls schloß die Sache damit, daß einige Nazis leicht verwundet wurden. Eine ernstere Verletzung kam nicht vor.

Für die Beurteilung des Gerichts kommt es darauf an, die Unterlagen zu kennen, auf Grund deren das Gericht den Tatbestand des Landfriedensbruchs für erwiesen hielt. Nach § 124 des RStG müssen für diesen Tatbestand zwei Merkmale vorliegen: 1. Zusammenrottung; 2. Begehung von Gewalttätigkeiten, und zwar aus der zusammengewürdeten Menge heraus. Im vorliegenden Falle war es so, daß die Verurteilten abseits von der Menge verhaftet wurden; daß kein Polizeibeamter eine Gewalttätigkeit aus der Menge heraus gesehen hat; daß nur einer der Verurteilten von Tatzeugen erkannt worden sein soll: ein Nazi behauptete nämlich, diesen Angeklagten gesehen zu haben, und zwar ein Nazi, dem höchst unglaubwürdige Behauptungen nachgewiesen wurden. Ferner ist bei Spannagel ein Pistolenschuß, bei Rührmund eine Eisenstange gefunden worden.

Auf Grund dieser Unterlagen begründete das Gericht sein Urteil mit dem Satz:

„Jeder, der in einem Haufen ist, mit dem Bewußtsein, daß Gewalttätigkeiten vorkommen, ist schuldig.“

Dieser „Rechts“-Grundsatz, nach dem hineingezerrte Unbeteiligte, sofern sie nur wissen, was vorgeht, schuldig sind, widerspricht dem Wortlaut des § 124.

Das ist der Maßstab, den die Kammer Tolck am Mittwoch gegen Kommunisten zur Anwendung brachte. Wir erinnern an den Maßstab, den am Tag vorher die Kammer Marschner bei der Untersuchung der Morde von Siemensstadt gegen Nazis zur Anwendung brachte: Dort ist die Mordgruppe, aus der heraus die tödlichen Schüsse abgegeben wurden, verhaftet worden — bis auf den Schützen, der fortgelaufen ist; aber elf Nazis wurden namentlich festgestellt; eine Menge Schlagwaffen wurde bei ihnen gefunden. Alles dies steht auf Grund exakter Aussagen von Polizeibeamten fest. Aber es wurde weder Anklage auf Landfriedensbruch erhoben, noch erkannte das Gericht wenigstens bei den angeklagten Nazis, von denen sich zwei in der Mordgruppe befunden hatten, auf Landfriedensbruch.

Selbst der Berliner Polizeipräsident, der gegen Kritik der Sonderjustiz in der Presse besonders empfindlich ist, wird nicht den Nachweis führen können, daß in den beiden genannten Fällen mit gleichem Maß gemessen worden ist.

Daß die Sonderjustiz sich gegen linksstehende Arbeiter immer wieder auf die Aussagen von Zeugen stützt, denen die Unglaubwürdigkeit nachgewiesen wird, das dient weiter zur Kennzeichnung dieser Justiz. Hier ein paar Tatsachen aus der Verhandlung am Mittwoch: Einer der Zeugen will jetzt einen Mann wiedererkennen, den er in jener Nacht bei knapper Beleuchtung aus mehr als 70 Meter Entfernung zum ersten Mal gesehen hat. Ein anderer behauptete zuerst, er sei gar kein Nationalsozialist, bis ihm nachher nachgewiesen wurde, daß er Mitglied der SA ist.

Zwei der Zeugen haben in der Gegend herumgeschnüffelt und gefragt und erlauscht, wer Kommunist oder Reichsbannermann sei und wer eventuell an dem Raufhandel beteiligt gewesen sein könnte.

Nach der Urteilsverkündung machte einer der empörten Genossen, die im Zuhörerraum gesessen hatten, eine Bemerkung, auf Grund deren er sofort verhaftet wurde und nun ein Verfahren wegen Beleidigung des Sondergerichts zu gewärtigen hat. Er will gesagt haben:

„Die es gemacht haben, müßten auch festgenommen werden.“

Herr Tolck will gehört haben: „Die Unschuldigen werden verurteilt, und die es gemacht haben, gehen frei aus.“

Wir dürfen den Kommentar zu allen diesen Dingen nicht mehr schreiben. Deswegen werden wir uns bemühen, die Praxis der Sondergerichte durch Mitteilung von Tatsachen zu beleuchten. Den Fall der polizeilich erkannten, aber unbestraften Mordgruppe der Siemensstadtmörder sollte sich jeder Genosse genau merken für den Fall, daß er sich einmal wegen Beleidigung der deutschen Gerichte zu verantworten hat. Eingehend haben wir über diesen Fall in unserer gestrigen Nummer berichtet.

Was ihre rechtliche Beurteilung angeht, so hat die Sonderjustiz längst durch ihre eigene Praxis dafür gesorgt, daß sie gerichtet ist. Daß sie so ist, wie sie ist, war für keinen eine Überraschung, der

die Elemente der Klassenlehre von Marx

begriffen hat. Wenn wir mit immer neuen Tatsachen die Wahrheit dieser Marx'schen Lehre beleuchten, so nur deswegen, damit die Erkenntnis dieser Wahrheit den Genossen in Fleisch und Blut übergeht.

Die Sonderjustiz ist gerichtet.

Aber das Urteil über sie wird nicht vollstreckt werden, solange die Arbeiterschaft nicht die vollstreckende Gewalt organisiert: die Einheitsfront gegen den Klassengegner. Dazu bietet gerade auch die Sonderjustiz eine wirkungsvolle Parole: mit der Organisation gemeinsamer Kundgebungen aller Arbeiterorganisationen gegen die Sondergerichte könnte und sollte ein Kampf in der Einheitsfront eingeleitet werden.



Kreise des Mittelstandes und der Arbeiter auf ihre Fahne geschrieben. Welcher Erfolg für die „Herrenklub“-Regierung, wenn ihr eine Aktion glückt, bei der sie, wie sie selber wähnt, 100 Prozent des Volkes hinter sich bringen könnte. In der kommenden Woche beabsichtigt Herr von Papen, vor den Reichstag zu treten. Er hat den Parteien bisher viel zu sagen, aber nicht viel zu bieten gehabt. Welche Chance für ihn; der „nationalen Mehrheit“ gegenüber den Trümpf auszuspielen, daß er in der Rüstungsfrage die lang geforderte Festigkeit gezeigt habe, und daß er nunmehr des Vertrauens bedürfe, um dieses schwierige Werk endlich durchs Ziel zu bringen.

Aber dies ist nur der eine Teil der innenpolitischen Erwägungen des Papen-Schleicher-Kabinetts, und zwar der für die Öffentlichkeit bestimmte. Der andere läuft darauf hinaus, mit dem „Umbau“ der Reichswehr und der Schaffung einer Miliz

die Aufsaugung der deutschen Wehrverbände vorzubereiten.

Eine SA-Truppe von 300 000 Mann ist nämlich auch für Herrn von Schleicher kein Spaß. Denn selbst wenn es ihm gelingen sollte, die Herren von der Schwerindustrie zur Einstellung der Zahlungen an Herrn Hitler zu veranlassen, die SA-Stürmer sind damit nicht weg; ihre hungernden und politisch fanatisierten Massen könnten auf den Gedanken verfallen, nach links abzuspringen! Besser also, man bietet ihnen rechtzeitig einen Unterschlupf, der mit ihren angeblichen Idealen zusammenhängt, erzieht sie im Sinn der Staats-treue (im „Stahlhelm“ stehen die erforderlichen Lehrer bereit) und schafft somit eine respektable Armee, in der immer noch Elemente genug sind, die zur Not für die Aufrechterhaltung der inneren „Ordnung“ mobil gemacht werden können. Diese Gedankengänge passen so sehr zu der politischen Gesinnung des „Soldaten“ Schleicher (als den er sich selber so gern bezeichnet), daß man getrost sagen kann,

er hätte die Gleichberechtigungsfrage erfinden müssen, wenn sie ihm nicht präsentiert worden wäre.

Ein Wort noch zu dem Gegensatz zwischen dem Ton der Note und dem Verhalten Schleichers, mit dem er die Politik der deutschen Regierung in den vergangenen Wochen „unterstützt“ hat. Ostentativ hat er sich zum „Stahlhelm“ bekannt, der im Ausland allgemein als die zweite Armee Deutschlands gilt. Er hat in seinem bekannten Artikel im „Heimatsdienst“, in seinem Interview mit dem italienischen Pressevertreter und vor dem Journalisten der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ die Sprache der „rücksichtslosen Entschlossenheit“ gesprochen, wie das höfliche Frankreich diese Ausdrucksweise nennt. Er hat damit die Reserviertheit weit hinter sich gelassen, deren sich Herr von Neurath so offensichtlich befleißigt.

Da man sicherlich vorbeitippt, wenn man Herrn von Schleicher Ungeduld oder gar Unbeherrschtheit unterschiebt, so hat der Reichswehrminister mit diesen Äußerungen und der Schärfe ihres Tones eine bestimmte Absicht verfolgt: Ihm lag dem Ausland gegenüber an der Drohung, daß in dem Kabinett zwar ein diplomatischer Unterhändler wie der Außenminister Neurath sitze, aber zu gleicher Zeit ein Reichswehrminister, der nicht mit sich spaßen lasse, — und ihm lag dem Inland gegenüber an der Versicherung, daß er es in bezug auf Vertretung der nationalen Ehre mit dem Nationalismus eines Hitler und eines Brüning noch aufzunehmen vermöchte!

Die „diplomatischen“ Störungen, die solche Redeweise unter Umständen nach sich zieht, kann Schleicher sich solange erlauben, als er Herrn von Papen an seiner Seite hält, der mit höflichem Lächeln das einrenkt, was die Herren vom Militär mit ihrer „geraden Art“ verderben.

Die in der Denkschrift zugesicherte Bereitschaft Deutschlands für radikale Abrüstungsvorschläge scheint allerdings den tieferliegenden Plänen Schleichers ins Gesicht zu schlagen. In Wahrheit läge aber ein Widerspruch nur dann vor, wenn der Reichswehrminister damit rechnen müßte, daß diese Zusicherung dank der Initiative der Abrüstungskonferenz zu praktischen Konsequenzen führen könnte. Solange keine der Mächte, mit denen Deutschland zu verhandeln hat, an Abrüstung und an die Erfüllung des Artikels 8 der Völkerbundssatzung denkt, so lange kann der wohlklingende Satz von der Bereitschaft zu jeder Abrüstungsmaßnahme, die auch für die anderen verpflichtend wäre, für Schleicher ausgezeichnet zur Abwehr von Angriffen auf Deutschlands Aufrüstungswillen dienen, ohne dabei Schaden anzurichten.

Herriots Lage.

So sehr die Aufrollung der Gleichberechtigungsfrage der Politik der deutschen Regierung gelegen kommt, so ungeliebt kam sie sicherlich dem französischen Ministerpräsidenten. Auch er hat keine klare Regierungsmehrheit; aber während das Papen-Kabinett damit rechnen kann, bei einem erfolgreichen Durchfechten der Gleichberechtigung sich das Vertrauen eines großen Teils des Volkes zu erobern, liegt für Herriot die Sache so, daß er, wie auch die Frage gelöst wird, sich immer einem entscheidenden Teil des französischen Volkes entfremden wird.

Lehnt er das deutsche Memorandum ab, so zieht sich die Linke von ihm zurück; kommt er ihm entgegen, so verdirbt er es mit der Rechten.

Außenpolitisch liegt die Sache für ihn nicht einfacher: Mit der Ablehnung der deutschen Forderung auf Gleichberechtigung bringt er sich in den peinlichen Ruf, den

Völkerbund der Siegerstaaten

erhalten zu wollen; andererseits kann er, der Vertreter der Sicherheit, nur dann auf diese Forderung eingehen, wenn er Garantien bekommt. Aber welche Garantien soll er von Deutschland verlangen, da in Frankreich — und nicht nur dort — das Mißtrauen herrscht, daß Deutschland etwaige Zusicherungen doch nicht einhält? Der einzige Ausweg, der zu bleiben scheint: diese Garantien nicht in einschränkenden Bedingungen Deutschland gegenüber, sondern in der überlegenen Wehrmacht Frankreichs zu suchen, würde bedeuten,

dem Rüstungswettlauf der Staaten den Weg freizugeben und damit den Abrüstungsgedanken endgültig zu begraben.

Kein Wunder daher, daß Herriot an einer unmittelbaren Verhandlung zwischen Deutschland und Frankreich nichts liegt, sondern daß er alles versucht, die Verantwortung von vornherein mit auf die Mitglieder des Vertrauenspaktes zu übertragen und die Entscheidung, wenn möglich nach Genf zu verlegen. Daß die deutsche Regierung nach ihrem energischen Protest gegen eine weitere Mitarbeit in Genf, sofern nicht vorher die Gleichberechtigungsfrage be-

reinigt sei, diesen Bemühungen hartnäckigen Widerstand entgegengesetzt, ist allerdings ebenso klar. Und auch die englische Regierung wird dieses Mal für die ihr zugeordnete Hilfs- und Vermittlerrolle nicht ohne weiteres zu haben sein; die damit verbundene Verantwortung ist zu groß, die Entscheidung zu unangenehm. Die Rolle des Richters der persönliche Nachteile in Kauf nimmt, liegt England nicht.

Der einzig mögliche Ausweg.

Bei Lichte besehen lassen sich all diese Verwicklungen, die hoffnungslos zu sein scheinen, auf eine einzige Schwierigkeit zurückführen: auf den Anspruch der Staaten nämlich, die eigene Sicherheit mit den Mitteln der nationalen Verteidigung zu garantieren.

Da die Scheidung der Waffen in Angriffs- und Verteidigungsmittel bis heute nicht gelungen ist, und schwerlich je gelingen wird, erfordert die „nationale Sicherheit“ die Überlegenheit der eigenen Wehrmacht über die der Nachbarstaaten, womit denn der Anspruch auf Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage von selber hinfällig wird; denn er läßt sich in diesem Zusammenhang höchstens deuten als

das Recht für alle, die anderen um der eigenen Sicherheit willen an physischer Macht zu überbieten — ein Anspruch, dem der Widersinn an der Stirn geschrieben steht!

Diese Feststellung spricht weder gegen die Idee der Gleichheit, noch gegen die der Sicherung berechtigter Interessen durch das Aufgebot physischer Macht, noch endlich gegen die Verbindung dieser beiden Ansprüche. Unvereinbar werden Gleichheit und Sicherheit erst dann, wenn jeder Staat durch die Beschränkung auf die nationale Verteidigung nur die eigenen Interessen ins Auge faßt und als sein Recht

in Anspruch nimmt, was seiner Macht erreichbar ist. Die berechnete Verteidigung der eigenen Rechte ist nicht daran gebunden, daß jeder Einzelne über Waffen — oder gar über eine allen anderen überlegene Wehrmacht — verfügt. Auch im Innern eines Staates ist die rechtliche Gleichheit ja nicht dadurch verletzt, daß für Schutzleute und Zivilisten keine „Gleichberechtigung“ in der Waffenfrage besteht.

So lange dies nicht verstanden wird — und weder Herriot noch Papen und Schleicher verstehen es —, ist der Anspruch Deutschlands schief gestellt, seine Erfüllung unmöglich, aber auch seine radikale Ablohnung ein Akt der Willkür;

der voraussichtliche Ausgang des Konflikts wird daher auf nichts anderes hinaus laufen als auf ein offenes oder geheimes hemmungsloses Wettüben.

Unsere Stellung als Sozialisten zur Gleichberechtigungsfrage ergibt sich hieraus ohne weiteres:

Wir haben als Sozialisten kein Recht zur Klage über die mörderischen Gefahren, die hier drohen, solange wir selber über die angeschnittenen Fragen keine klaren Gedanken und keine klaren Entschlüsse haben.

Mag mit der Bereinigung der Gedanken der Aufbau einer internationalen Sicherung des Rechts, der die positive Lösung der Vereinigung von Sicherheit und Gleichheit enthält, noch nicht in unserer Hand liegen, eins können wir doch heute schon:

mit aller Kraft den Irrsinn der nationalen Rüstungen bekämpfen. Tun wir das nicht, so wird man uns, wenn das Chaos eines neuen Krieges hereinbricht, mit Recht entgegenhalten können: Ihr habt dies alles gewollt; denn Ihr habt dazu geschwiegen.

Im Schatten Japans.

Die Ermächtigung zur Unterzeichnung des japanisch-mandschurischen Vertrages wurde dem japanischen Außenminister Uchida von seinem Kabinett erteilt.

Die große Zurückhaltung der Sowjet-Union gegenüber den Ereignissen in China und der Mandchurei ist nicht aufgegeben worden, als die japanische Regierung versuchte, Rußland zur Anerkennung der Mandchurei zu bewegen. Wahrscheinlich wird die Sowjet-Union fortfahren, sich in bezug auf den japanisch-chinesischen Konflikt neutral zu verhalten.

General Tschangtschungtschang, der Gouverneur der chinesischen Provinz Tschantung, der sich, wie aus Tokio berichtet wird, mit japanischen Militärbehörden für den gemeinsamen Kampf gegen den chinesischen Marschall Tschanghsuelian verbinden wollte, soll auf dessen Befehl ermordet worden sein.

Als Antwort auf den verschärften antijapanischen Boykott in China hat die japanische Regierung den chinesischen Behörden mit einer weiteren Entsendung von Truppen nach Schanghai gedroht. Die Entsendung von zwei Marine-

bataillonen zum Schutze japanischer Banken und des Generalkonsulats ist schon beschlossen worden.

Hilfe für Bauern oder für Junker?

Fast die gesamte japanische Presse verlangt von der Regierung sofortige Hilfe für die japanische Landwirtschaft. Der Ministerpräsident hat erklärt, daß ein Gesetz zur Behebung der katastrophalen Lage auf dem Lande in den nächsten Tagen verabschiedet werden würde.

Ob es sich hier um Hilfe für die japanischen Bauern handelt, die wirklich in tiefer Not sind, oder um Hilfe für die Großgrundbesitzer, geht aus der Meldung nicht hervor.

Neue Kämpfe um Charbin.

Chinesische Freischaren haben erneut einen Angriff auf die von Cholera und Hungersnot beherrschte Stadt Charbin unternommen, sind aber auf stärkeren japanischen Widerstand gestoßen, als sie erwarteten. Nach mehrstündigem, heftigem Kampf sind die Chinesen zurückgeschlagen worden. Die japanische Garnison der Stadt hat von Tschangtschung aus Verstärkung erhalten.

Wird auch Rumänien zur Völkerbundskolonie?

In Bukarest ist die Sachverständigen-Kommission des Völkerbundes eingetroffen, die die Aufgabe hat, die finanzielle Lage Rumäniens zu prüfen. Der Empfang der Kommission war kein sehr herzlicher: Die Rumänen erwarten, daß die Kommission wohl ein Gutachten abgeben, sich auch in die Wirtschaftspolitik Rumäniens einmischen wird, daß aber mit einer Anleihe, die Rumänien dringend nötig hat, vorläufig nicht zu rechnen ist.

Die Empörung über die Völkerbundskommission ist besonders groß, weil diese als Abgesandte der französischen Finanzgewaltigen angesehen wird. Auf ihre Forderung hin wird gegen das landwirtschaftliche Umschuldungsgesetz, das von der Regierung im Winter eingebracht worden ist, um die Wirtschaftskrise bei den Bauern zu mildern, Revision eingelegt werden. Dafür wird ein neuer Entwurf vorgelegt werden, der weit ungünstiger für die Bauern ist. In Bukarest kann man auf Plakaten lesen, daß Rumänien selbst zur Zeit der Türkenherrschaft nicht so würdelos behandelt worden

sei, wie es ihm jetzt von seiten der Sachverständigen und der Franzosen geschehe, daß sich die Deutschen während der Besetzungszeit, mit der Kommission verglichen, wie Engel benommen hätten, daß das rumänische Parlament eine französisch-rumänische Körperschaft sei, u. s. w. Auch die Liberalen laufen gegen den neuen Gesetzentwurf Sturm, und in den Reihen der Regierungspartei (der Nationalzaranisten), die die unbedingte Mehrheit im Parlament hat, wird der Entwurf von vielen Abgeordneten abgelehnt, weil sie persönlich an der Schuldenstreichung interessiert sind! Wenn die Regierungspartei nicht die Einhaltung der Parteidisziplin erzwingen kann, wird sie wohl bei der Abstimmung über dieses Gesetz gestürzt werden.

Gemeinsamer Kampf Irlands und Indiens.

Ein indisches Kongreßmitglied ist in Dublin eingetroffen. Es handelt sich um die Abschließung eines Indisch-irischen Abkommens über den Boykott englischer Waren, das solange gelten soll, bis beide Staaten ihre Unabhängigkeit erreicht haben. Ein irischer Boykott-Ausschuß besteht bekanntlich bereits.

Südamerikanische Kämpfe.

Aus Buenos Aires wird in halbamtlichen Meldungen berichtet, daß Argentinien, Brasilien, Chile und Peru die Absicht haben, Bolivien und Paraguay als im Kriegszustand befindlich zu betrachten und die Einstellung der Feindseligkeiten durch eine Wirtschaftsblockade beider Staaten zu erzwingen. Da Bolivien und Paraguay nur auf dem Wege über diese vier Länder einen Zugang zum Meer haben, könnten sie durch eine solche Blockade von jeder Einfuhr abgeriegelt werden.

Aus Asuncion wird gemeldet, der paraguayische Außenminister habe hierzu erklärt, Paraguay sei nicht auf die Einfuhr angewiesen und könne sich selber ernähren.

Der Krieg zwischen Regierungstruppen und Aufständischen in Brasilien geht weiter. Ein aus sechs Maschinen bestehendes Flugzeuggeschwader von Regierungstruppen hat das von den Aufständischen besetzte Fort Itaipu, das sich am Eingang des Hafens von Santos, in der Nähe von Sao Paulo, befindet, bombardiert und zerstört. Eine Armee von 15 000 Mann steht im Kampf gegen die Aufständischen, deren Linien sie in einem 48stündigen Angriff beschossen haben.

Zwischen Bolivien und Paraguay sind scharfe Kämpfe im Gange. Die bolivianische Regierung läßt Flammenwerfer und Brandbomben herstellen, um die Wälder des Gran Chaco, in denen die paraguayischen Truppen sich befinden, in Brand zu stecken, um dadurch die feindlichen Truppen ins offene Gelände zu treiben.

Der Planet gibt ein Visum.

Der Planet, der Trotzki, seit er in der Türkei lebt, jedes Visum verweigert, hat den Bann für zwei Monate gebrochen: Trotzki hat von der tschechischen Regierung die Erlaubnis erhalten, sich zwei Monate lang zur Kur in Pystian aufzuhalten!

Still und schnell. / Zur französischen Antwortnote.

Die französische Antwortnote auf die deutsche Gleichberechtigungsdenkschrift ist am Mittwoch weitgehend fertiggestellt worden; sie wird am Donnerstag Herriot unterbreitet, der sie am Freitag dem Staatspräsidenten Lebrun vorlegen wird.

Der erste Entwurf ist bereits den Mitgliedern des Vertrauenspaktes zugegangen, sodaß man in Paris mit einer Rückäußerung noch vor Freitag rechnen kann.

Die Uebermittlung der Note nach Berlin wird frühestens am Freitagabend erfolgen.

Der Inhalt der Note wird streng geheim gehalten.

Die Erregung in den politischen Kreisen Frankreichs hält an — gerade wegen der Diskretion auf seiten der Regierung. Es wird von der „rücksichtslosen Entschlossenheit“ der deutschen Regierung gesprochen, die man zum Teil auf die Zuspitzung der deutschen innerpolitischen Verhältnisse zurückführt. Es wird andererseits betont, daß Frankreich auf seinem Standpunkt beharrt, alle Signatarmächte des Versailler Vertrages in die Diskussion hineinzuziehen und die Aussprache in internationale Bahnen zu lenken.

Die französische Kammer soll zum 16. September zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten. Daß ein Zusammenhang zwischen dieser Sitzung und den Verhandlungen mit Deutschland besteht, ist nicht nachweisbar.

Rätselraten vor der französischen Antwort.

Die französische Presse ist eifrig damit beschäftigt, Vermutungen aufzustellen über den Inhalt der französischen Antwort, die voraussichtlich Ende dieser Woche auf die deutsche Denkschrift erfolgen soll; Herriot erhält von allen Seiten eingehende Ratschläge dafür. Am weitesten geht

der „Matin“ mit seinen Angaben. Interessant ist dabei allein, daß er bei allen Möglichkeiten, die er durchdiskutiert, zu dem Ergebnis kommt: Die deutschen Ansprüche gehören, soweit sie überhaupt beachtenswert sind, nach Genf vor den Völkerbund.

Die von verschiedenen Seiten vertretene Nachricht, die Antwort werde gemeinsam von allen Unterzeichnern des Vertrauenspaktes gegeben werden, wird in England energisch zurückgewiesen. England sei auf dem Laufenden gehalten worden, es sei aber an den Verhandlungen nicht beteiligt. Der aus Paris stammende Bericht, daß das englische Kabinett sich am Donnerstag mit den deutschen Forderungen befassen werde, ist ebenfalls nicht richtig; in den nächsten Tagen findet in London überhaupt keine Kabinettsitzung statt.

Interessant im Zusammenhang mit den Schlussbemerkungen unseres heutigen Leitartikels ist die Tatsache, daß der „Vorwärts“ bisher zu dem Inhalt der deutschen Note mit keinem Wort Stellung genommen hat.

In Amerika ist man erfreut, daß die deutsche Note nicht in Washington abgegeben worden ist. Die Vereinigten Staaten hätten, wie Stimson geäußert hat, den Versailler Vertrag nicht unterzeichnet, sie hätten daher auch mit einer möglichen Verletzung desselben nichts zu tun.

Immerhin hofft man, daß die deutsche Forderung alle Völkerbundsstaaten bewegen werde, sich endlich auf die Bahn der Abrüstung zu begeben — was Hoover passen könnte, da die Annahme seines Vorschlags zugleich seine Wahlaussichten heben würde. Alles in allem: auch die USA drücken sich um die Verantwortung.

Mit Paragraphen gegen die Revolution.

Bevorstehende Kämpfe in Spanien um die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung.

H. P. Madrid, August 1932.

Mit Ablauf dieses Monats geht auch die Frist zu Ende, die der revolutionären Gewerkschaft, Confederacion Nacional del Trabajo (CNT) gestellt war, sich gemäß dem Gesetz vom 8. April 1932 der Autorität der staatlichen Schlichtungsstellen zu unterwerfen. Mit Recht stellt sich die CNT diesem Verlangen entgegen, indem sie darauf hinweist, daß die Unterwerfung unter dieses Gesetz für die CNT gleichbedeutend mit der Aufgabe der gewerkschaftlichen Grundsätze wäre, wonach die Arbeiter ihre Rechte im direkten Kampf mit den Arbeitgebern ohne Dazwischenkunft des kapitalistischen Staates wahrnehmen sollen. Da nun aber das Gesetz die Schließung aller Gewerkschaftslokale im Falle der Nichtanerkennung des Gesetzes androht, und andererseits die CNT feierlich erklärt hat, im Falle des Verbots mit allen Mitteln illegal zu arbeiten, so lassen sich leicht für die nahe Zukunft schwere Konflikte voraussehen, die leider nur dazu beitragen werden, die Kluft zu vertiefen zwischen den Arbeitern, die der CNT und denen, die der UGT (der völlig im Fahrwasser der SP schwimmenden freien Gewerkschaften) angeschlossen sind.

Die CNT, deren Ziel die Errichtung des freiheitlichen Kommunismus oder, mit anderen Worten, des Anarcho-Kommunismus ist, wendet sich in ihrer Presse und in ihren gut besuchten Versammlungen mit Leidenschaft gegen die reformistischen Absichten des sozialdemokratischen Arbeitsministers Francisco Largo Caballero und bezeichnet das Gesetz vom 8. April 1932 als Werk der UGT gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, die in der CNT organisiert sei.

Das Gesetz vom 8. April 1932.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes, das die Gewerkschaften völlig unter die unmittelbare Aufsicht des Staates bringt, lassen nur schwerlich erkennen, daß sie einen hohen Gewerkschaftsfunktionär zum Verfasser haben. Man muß sich angesichts solcher Gesetze fragen, welchen Wert eigentlich noch Gewerkschaften haben, in deren Angelegenheiten der Staat nach Belieben eingreifen kann. Diesem Gesetze nach sind die Gewerkschaften nichts anderes als soziale Arme des Staates, der ihnen gemäß dem Umfang ihrer Unterstützungs- und Versorgungstätigkeit öffentliche Mittel zur Verfügung stellt. Die Gewerkschaften bilden nach diesem Gesetz einen Bestandteil des Staates und erfüllen eine wichtige Funktion:

Nicht Kampfverbände sollen es sein,

die im Klassenkampf die Rechte der Arbeiter wahren, sondern wirtschaftsfriedliche Organisationen,

die das Wohl der nationalen Wirtschaft bei der Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder nicht aus dem Auge lassen.

Einer revolutionären Gewerkschaft wäre damit das Lebenslicht ausgeblasen; denn die Statuten unterliegen der Zensur des ~~beamteten~~ **Arbeitskommissars** (delgado de trabajo), der weitgehende Vollmachten hat. Seine Vollmachten gehen oft über die des Provinzgouverneurs hinaus und reichen hin, Verbände zu verbieten und Streiks mit Hilfe der Polizeikräfte abzuwürgen. Diese Arbeitskommissare, die zum Schutze der Arbeiterschaft geschaffen zu sein scheinen, können zu einer tödlichen Gefahr für die ganze Gewerkschaftsbewegung werden, wenn einmal — was durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt — die Ministerien nicht mehr in Händen der Sozialdemokraten liegen, die heute solche Stellen mit ihren Leuten besetzen. Dann werden Bestimmungen des Gesetzes, wie die des Paragraphen 18, für jede Gewerkschaft verhängnisvoll:

„Der Provinzialarbeitskommissar kann eine Inspektion der Geschäftsräume der Verbände veranlassen, wobei die gesetzlichen Vertreter der Verbände verpflichtet sind, alle Mitgliederverzeichnisse und Rechnungsbücher u. s. w. vorzuzeigen, die zur Beglaubigung nötig erscheinen.“

Das Gesetz bestimmt ferner, daß im Januar und Juli eines jeden Jahres den zuständigen Behörden ein namentliches Ver-

zeichnis der im vergangenen Halbjahr ein- und ausgetretenen Mitglieder vorgelegt werden soll. Die Gewerkschaften sind außerdem verpflichtet, halbjährlich eine Bilanz der Ein- und Ausgaben in zwei Exemplaren der Behörde zur Verfügung zu stellen. Der Staat ist auf diese Weise jederzeit unterrichtet über die Mitglieder- und Vermögensverhältnisse der Gewerkschaften.

Der Artikel 19 handelt von den „Rechten“ der Berufsverbände. Hiernach dürfen die Gewerkschaften u. a.

Gesuche an die Behörden richten,

(dieser Punkt ist an erster Stelle angeführt!), für ihre Mitglieder Berufskurse organisieren, Werkstätten, Museen und Ausstellungen einrichten, Vertreter in die Sozialausschüsse aller Art entsenden, beim Abschluß von Kollektivverträgen mitwirken und schließlich noch vor Gewerbegerichten und ähnlichen Instanzen in der Vertretung ihrer Mitglieder tätig sein. Vom Recht, zu streiken, ist in diesem Zusammenhang nicht die Rede; der Streik gehört also nicht zu den „Rechten“ der Verbände. Im Artikel 21 erscheint dann plötzlich die Bestimmung, daß die allgemeinen Mitgliederversammlungen neben anderen Aufgaben auch über Streik und Aussperrung zu entscheiden haben. Wo in diesem System für den Streik noch ein legaler Platz bleibt, ist nicht ersichtlich und in der Praxis wohl auch nicht vorgesehen.

Wer ändert eine Grube gräbt . . .

Die Anarcho-Syndikalisten bilden für die reformistische UGT und für die sozialdemokratischen Minister eine unsiegbare Quelle des Aergers und der Bedrängnis. Die Unbestechlichkeit der CNT und das Unbeirrbar Festhalten an der „direkten Aktion“, d. h. die Wahrung der Rechte der Arbeiter durch die Gewerkschaft ohne Dazwischenkunft des Staates, bilden ein starkes Hindernis für die reformistische Politik der Sozialdemokraten. Beide Gewerkschaften halten sich in bezug auf die Zahl der Mitglieder ziemlich die Waage, aber an Aktivität ist die CNT der UGT beträchtlich überlegen. So brüchig auch die Ideologie der Anarcho-Syndikalisten in vieler Hinsicht ist, sie kann von dieser Seite aus von der UGT nicht niedergedrückt werden; denn die CNT hat eine revolutionäre Tradition und genießt bis weit in die gewerkschaftlich uninteressierte Bevölkerung hinein Sympathie und Vertrauen. Sie muß aber niedergedrückt werden, wenn die SP in Ruhe ihr reformistisches Werk zu Ende bringen will.

Das Gesetz vom 8. April bietet endlich die Gewähr dafür, der CNT den Todesstoß zu versetzen durch die gesetzliche Handhabe, die Gewerkschaft zu verbieten. Entweder die CNT fügt sich dem Gesetz; dann bedeutet dies die Preisgabe ihrer Grundsätze, dann unterscheidet sie kaum noch etwas von der UGT, dann könnte sie sich gleich mit der UGT vereinigen. Oder aber sie widersetzt sich, dann muß sie nach dem Gesetz verboten werden.

Schon seit langem ist die CNT einer planmäßigen Verfolgung ausgesetzt, deren Fäden in den sozialdemokratischen Ministerstuben zusammenlaufen. Die CNT kämpft gegen einen fast unsichtbaren Feind, der nur in der Gesetzgebung sein Gesicht offen zeigt. Die Verfolgungen erstreben vor allem die finanzielle Zerrüttung der CNT, indem z. B. die Gewerkschaftszeitung „Solidaridad Obrera“, die trotz mancher Mängel die beste Arbeiterzeitung darstellt, planmäßig wegen irgend welcher geringfügiger Anlässe beschlagnahmt wird. Die Redaktion hat wiederholt die Zensurierung der Zeitung vor dem Druck verlangt, um die Beschlagnahme der gedruckten Auflage zu vermeiden. Darauf ist man aber nie eingegangen, sondern hat daran festgehalten, die Zeitung erst zu zensurieren, wenn die Auflage hergestellt und versandbereit ist. Es ist verständlich, daß eine häufige Beschlagnahme der Zeitung, nachdem die Kosten dafür aufgewendet sind, auf die Dauer das Unternehmen zu Grunde richten muß. Nun soll der tödliche Schlag gegen die einzige revolutionäre Organisation, die in Spanien die Kraft und das Leben der Arbeiterbewegung in sich verkörpert, vermittels eines Gesetzes

geführt werden. Dieses Verhalten der sozialdemokratischen Minister wird ihnen kein Ruhmesblatt in der Geschichte der Arbeiterbewegung eintragen.

. . . fällt selbst hinein!

Die gegenwärtige Zusammensetzung des Parlaments, und der Einfluß der drei sozialdemokratischen Minister, denen dieser Einfluß unverdient in den Schoß gefallen ist, erfüllt die SP mit der stolzen Zuversicht, daß sie dabei ist, „in den Staat hineinzuwachsen“. Nur die notorische Ignoranz gegenüber allen Lehren der Geschichte — mögen sie noch so jungen Datums sein — vermag das Wunder hervorzubringen, daß heute noch Sozialdemokraten glauben, es genüge, günstige politische Umstände auszunützen, um eine Sozialgesetzgebung zu schaffen, deren Existenz ein für allemal gegenüber einer etwaigen Reaktion die Rechte der Arbeiter sichere. Wir haben nun schon unzählige Beispiele erlebt, und heute erleben wir ein solches von tiefgehenden Konsequenzen in Deutschland, die uns eindringlich belehren, daß Gesetze wie Luft behandelt werden, wenn hinter ihnen nicht eine reale Macht steht, die auf ihre Durchführung dringt.

Wir erleben, daß Sozialdemokraten, statt in den Staat hineinzuwachsen, auf ziemlich unfreundliche Art hinausgeworfen werden. Das alles kann nur geschehen, weil man auf die einzige Machtposition, auf eine geschlossene, kampfbereite und kampfgewohnte Gewerkschaft zu Gunsten einiger Sozialgesetze freiwillig verzichtet hat.

Mögen heute in Spanien die staatlichen Aemter — die übrigens mit hübschen Einkünften verbunden sind — mit Gesinnungsfreunden der SPD und der UGT besetzt sein, weil das Arbeitsministerium in den Händen Largo Caballeros ist —, einstweilen wird dadurch die Schwäche der UGT zwar verdeckt. Aber was geschieht, wenn diese staatlichen Aemter unter der Leitung von Ministern stehen, die weniger sozial gesinnt sind? Glaubt man wirklich, daß jene Beamten mit den annehmbaren Gehältern sich durch große Arbeiterfreundlichkeit bei einer entschiedener kapitalistischen Regierung unbeliebt machen wollen? Wird man sich dann wieder auf die alten Fahnen besinnen, die Ministerfracks mit Arbeiterkitteln vertauschen und den Klassenkampf wieder zu Ehren kommen lassen? Aber selbst wenn manche der Amtsinhaber dazu bereit wären, — gegen solche Absichten hat das Bürgertum ein wirksames Mittel:

Das Gesetz vom 8. April 1932, mit dem die Sozialdemokraten den großen Fischzug gegen den gewerkschaftlichen Konkurrenten unternimmt, und in dessen Maschen sie dann selber gefangen sitzen werden.

Doch so schlimm wird es wahrscheinlich nicht werden. Die SPD hat eine Legitimation, die auch vor reaktionären Regierungen gilt: Sie ist national und hat immer die nationalen Belange der Wirtschaft zu wahren gewußt. „Der Feind steht links“ — mit dieser Devise wird sie von jeder Art bürgerlicher Regierung ein Plätzchen an der Sonne zugewiesen bekommen.

Der UGT aber wird in jedem Falle dieses Gesetzes zum Schaden gereichen. Wenn der Staat die Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern völlig in seine Hand nimmt, dann ist die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft ohne Interesse für die Arbeiter. Sie wird zur reinen Unterstützungskasse, die als solche auch einen Zweck erfüllt, die aber weder für Arbeitskämpfe geeignet, noch bestimmt sein wird.

Der Weg der SPS führt geradeaus in jenen politischen Sumpf, den wir als Faschismus kennen.

Die Zerstörung der revolutionären Kräfte der Arbeiterschaft hat notwendiger Weise das Wachstum der Reaktion zur Folge. Es wäre die Aufgabe einer Arbeiterpartei, die ungebändigten revolutionären Kräfte nützlich zu machen und zu ordnen. Die Anarcho-Syndikalisten sind dazu nicht imstande, sie bauen auf die „direkte Aktion“; niemand organisiert die Ausnutzung günstiger revolutionärer Situationen. Und die SPS haßt die Revolution, wie es ihre deutsche Kollegin tut.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

76)

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Jeder in die eigenen Gedanken versunken, gehen sie die „Linden“ hinunter. Sie kreuzen die Friedrichstraße, die trotz der späten Stunde noch bevölkert ist von nach Hause gehenden Kellnern, Kriegsgewinnlern, Prostituierten, Schleppern für Nachtlokale. Nachher biegen sie in die einsame Wilhelmstraße ein.

Nur vereinzelt brennt noch Licht in den Fluchten hoher Fenster. Auch in der Reichskanzlei sind einige Zimmer erleuchtet. Die beiden sehen im Vorbeigehen zu dem Gebäude auf, in dem das Gehirn des Reiches sitzt, der Kopf der das Reich überspannenden Bürokratie, die sie stürzen wollen. Dann schreiten sie schneller aus. Eine Stunde haben sie noch; bis sie die Flugblätter aus der Druckerei abholen können.

Die Reichskanzlei liegt in weichem Dunkel.

Nur im Arbeitsraum des Kanzleichefs, im Adjutantenzimmer und den anschließenden Privaträumen des Kanzlers brennt noch Licht. Der Kanzler Prinz Max von Baden hat sich mit der Kaiservilla Frauseuse verbinden lassen.

Nachdem er wochenlang gezögert und immer wieder andere vorgeschickt hat, spricht er endlich mit dem Kaiser ohne Zwischenschaltung des ganzen Apparates.

„. . . was ich Eurer Majestät habe sagen lassen, muß ich als Verwandter wiederholen. Deine Abdankung ist notwendig geworden, um den Bürgerkrieg in Deutschland zu vermeiden und um Deine Mission als Friedenskaiser bis zum Schluß zu erfüllen. Das Blutvergießen würde Dir zur Last gelegt werden. . .“

Auf den Einwand des Kaisers entgegnet er:

„Nein, die Haltung der Truppen ist nicht zuverlässig. In Köln ist die Macht in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrats. In Braunschweig weht die rote Fahne auf dem Schloß. In München ist die Republik ausgerufen. In Schwerin tagt

ein Arbeiter- und Soldatenrat. Das Militär hat sich nirgends bewährt.“

Neben dem Kaiser sitzt der Flügeladjutant v. Grünau, neben dem Kanzler der Legationsrat v. Prittwitz, den der Prinz aus dem Adjutantenzimmer gerufen hat, um zu überhören und niederzuschreiben, was er dem Kaiser mitzuteilen hat. Besorgt beobachtet v. Prittwitz den wechselnden Tonfall und die wachsende Unruhe des Prinzen.

„Ich habe mich gegen den Gedanken gewehrt, aber die Situation ist heute unhaltbar. Der Schritt muß mit der größten Beschleunigung unternommen werden. Wenn das Opfer erfolgt, nachdem schon Blut vergossen ist, dann hat es keine heilende Wirkung mehr. . . Falls der Kaiser diesen Schritt tut, kann mit Hilfe der Sozialdemokratie die Situation gehalten werden. Sonst steht die Republik bevor. Könnte man sich auf die Truppen verlassen, wäre es anders. . .“

Der Kaiser wendet sich gegen die Sozialdemokraten.

Doch der Prinz nimmt sie in Schutz.

„Nein, der Gedanke geht nicht zuerst und nicht allein von der Sozialdemokratie aus, diese hat die Sache nur in die Hand genommen, um die Führung zu behalten. . . es ist die letzte Stunde. Wenn die Abdankung heute nicht erfolgt, so kann ich nicht mehr mitarbeiten. Auch die deutschen Fürsten können sich nicht mehr vor den Kaiser stellen.“

Immer wieder wird der Prinz unterbrochen. Der Kaiser wird gereizter und heftiger. Die Sozialdemokratie, die Regierung, sogar die deutschen Fürsten; alle lassen ihn im Stich!

Gequält ruft der Prinz zurück:

„Man hat mir gesagt, daß Dir hinterbracht sei, ich intrigiere gegen Dich. Das ist eine Lüge. Wenn ich mich nicht vor Dich gestellt hätte, so wäre die Frage vor acht Tagen akut geworden. Mein Rat ergeht heute als Verwandter und deutscher Fürst. Das freiwillige Opfer ist erforderlich, um Deinen Namen der Geschichte zu erhalten.“

Solchen Rat will der Kaiser nicht hören.

Zu seinem Flügeladjutanten sagt er:

„Wie kommt der Prinz dazu, mir so etwas nahezu legen?“

Dem Prinzen erwidert er in schroffem Ton:

„Ich gebe nicht nach. An der Spitze des Heeres werde ich die Ordnung in der Heimat wiederherstellen. Die nötigen Befehle sind bereits erteilt!“

v. Prittwitz sieht das Gesicht des Prinzen verfallen und hört ihn langsam sagen:

„Ich bitte Seine Majestät, mich sofort zu entlassen und einen neuen Reichskanzler zu ernennen!“

Der Kaiser schreit zurück:

„Nein, das gibt es nicht! Du hast das Waffenstillstandsangebot hinausgegeben. Du mußt auch die Bedingungen entgegennehmen.“

Nach dem Gespräch bleibt der Prinz müde sitzen.

„Der Kaiser ist sehr, sehr böse auf mich!“ sagt er.

Er läßt Dr. Solf und den Kanzleichef Wahnschaffe rufen. Noch einmal formulieren sie in fünf Punkten die Gründe der Regierung für die Abdankung und übermitteln den Text telegraphisch nach Spa. Nach der Absendung der Depesche ruft Wahnschaffe die Kaiservilla an und ersucht Freiherrn v. Grünau, Seine Majestät sofort vom Inhalt zu verständigen.

v. Grünau lehnt ab:

„Es ist völlig zwecklos, den Kaiser zu stören. Er hat sich schon zur Ruhe begeben. Telephonisch kann diese weittragende Angelegenheit doch überhaupt nicht erledigt werden, durch Mittelspersonen auch nicht. Vielleicht kann der Kanzler den Vizekanzler und den Justizminister schicken. Autoritäten sind nötig in Spa, wenn es zu dem Staatsakt der Abdankung kommt!“

Es ist das letzte Gespräch, das der Kanzleichef in dieser Nacht führt. Nur im Adjutantenzimmer bleiben einige Offiziere sitzen und nehmen Telephonate und Meldungen entgegen. Aus allen Teilen des Reiches laufen Berichte über die Entwicklung der revolutionären Bewegung ein. Auf dem Tisch sammeln sich Nachrichten, von denen vor acht Tagen jede wichtig genug gewesen wäre, den Kanzler zu wecken.

Aber die letzten Tage haben ihr besonderes Tempo.

(Fortsetzung folgt.)

Lehren des anti-japanischen Boykotts in China.

(Fortsetzung)

Die Wirkung des Boykotts*).

Der gegenwärtige Boykott ist zweifellos einer der wirkungsvollsten. Das ist bedingt durch eine große Popularität gerade unter den proletarischen und mittelständischen Kreisen, durch seine gute Organisation und durch die Unterstützung seitens der Kuomintang und anderer Organisationen und Körperschaften. Er begann im Juli 1931 im Zusammenhang mit einem Massaker chinesischer Siedler in Korea, war aber bald wieder ziemlich eingeschlafen, als der japanische Vorstoß in der Mandschurei ihm einen neuen Aufschwung verlieh. Überall bildeten sich

Boykott-Organisationen,

die die Propagierung und Durchführung des Boykotts in die Hand nahmen. Gleichzeitig setzte eine anti-japanische Agitation ein, die durch Plakate, Flugblätter und öffentliche Reden den Haß gegen Japan mit Erfolg anfachte. Japanische Waren wurden beschlagnahmt, Kontrakte mit japanischen Kaufleuten wurden gebrochen, chinesische Angestellte (sogar Dienstboten) verließen ihre japanischen Arbeitgeber. In den ersten Monaten hatten die japanischen Einwohner Schanghai sogar Schwierigkeiten in der Versorgung mit Lebensmitteln. Fast täglich kamen Zusammenstöße zwischen Japanern und Chinesen in den Straßen der Städte vor.

Der Massencharakter dieser Bewegung ist zum Teil sicherlich als eine Reaktion gegen das unerwartet rücksichtslose Vorgehen der Japaner in der Mandschurei zu erklären; gleichzeitig spielen aber auch gewisse innerchinesische Verhältnisse hinein, nämlich das Bestreben verschiedener politischen Gruppen (Nationalisten, Kommunisten, „Links“-Kuomintang u. a.), die vorhandene öffentliche Erregung für sich auszunutzen. Etwas durchaus Ähnliches fand gleichzeitig in den großen Studentendemonstrationen statt, die bekanntlich immer heftiger gegen Japan verlangten, wobei jedoch nicht dieser Krieg das eigentliche Ziel war, sondern die „Entlarvung“ der gemäßigten und versöhnlichen Politik der in Nanking herrschenden Kuomintang.

Das Verhältnis der Kuomintang zur Boykottbewegung ist nicht eindeutig. Nach außen hin, zum Beispiel in den an Japan gerichteten Noten, hat sie die Bewegung in Schutz genommen, hat aber gleichzeitig ihre Teilnahme geleugnet. In Wirklichkeit hat die Kuomintang in einigen Teilen Chinas an der Organisation des Boykotts teilgenommen. Dies gilt besonders für Kanton und auch zum Teil für Schanghai. Im Norden dagegen und in Hankau war ihr Verhalten ablehnend bis feindlich. Es ist nicht schwer, diesen Sachverhalt zu erklären: die Führer der Kuomintang waren entschieden gegen einen Boykott, weil sie dadurch weitere Verwicklungen mit Japan befürchteten; unter dem Druck der öffentlichen Meinung, die immer mehr eine Kuomintang-feindliche Haltung einnahm, blieb ihr dann nichts anderes übrig als „gute Miene zum bösen Spiel“ zu machen. Die einzelnen Ortsgruppen freilich mögen eine andere Stellungnahme gehabt haben. Besonders im Süden, in Kanton, waren es die separatistischen Bestrebungen der dortigen Kuomintang, die in der anti-japanischen Agitation einen geeigneten Vorwand für den vorbereiteten Abfall von Nanking sah. Auf der anderen Seite war es die Angst vor japanischen Gegenmaßnahmen und das Ueberhandnehmen der Kuomintang-feindlichen Elemente innerhalb der Boykottgesellschaften, die das Verhalten im Norden bestimmte. Nach einer kürzlich erschienenen Meldung soll die Regierung die Auflösung aller Boykottvereinigungen in Peking angeordnet haben, weil diese gegen Regierung und Kuomintang arbeiteten. Ein Auflösungsbeehl ist ja auch in Schanghai gegeben worden.

Im Gegensatz zu früheren Boykotten hat der gegenwärtige, soweit es um die Stilllegung des Handels geht, eine sehr große Wirkung gehabt. Nach Angaben des Vorsitzenden der japanischen Handelskammer in Schanghai gab es

Ende 1931 in den chinesischen Vertragshäfen 800 000 Tonnen „festgefrorener“, das heißt unverkäuflicher japanischer Waren (davon entfielen 700 000 Tonnen auf Schanghai).

Daneben gibt es andere Waren, die bereits an chinesische Händler verkauft waren, nun aber von den Boykottorganisationen mit Beschlag belegt worden waren. Allein in Schanghai soll es derartige Güter für etwa 60 Millionen Tael geben (nach Angabe der japanischen Handelskammer). Für Baumwollwaren sind Ende 1931 folgende Zahlen bekannt geworden:

Bereits eingeführte, aber dann „eingefrorene“ Waren: 7,4 Millionen Tael; aus Japan bestellte, dann aber wegen des Boykotts nicht verschifft: 33,4 Millionen Tael.

Der direkte Ausfall an neuen Bestellungen wird natürlich noch viel größer sein. Eine Vergleichung der Einfuhr von 1930 und 1931 zeigt, daß in der Tat ein erheblicher Rückgang der japanischen Einfuhr stattgefunden hat. Nach japanischen Quellen ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle IX: Chinesischer Außenhandel mit Japan.
(In Millionen Yen.)

	1930	1931	Rückgang
Einfuhr	403	258	36 %
Ausfuhr	284	236	17 %

* Der erste Teil dieser Untersuchung erschien in Nr. 211.

Verhaftung von „Meuterern“ der „Rotterdam“.

Wie wir bereits berichteten, hat die Mannschaft des Holland-Amerika-Dampfers „Rotterdam“ auf offener See die Arbeit verweigert, weil das Schiff, statt des holländischen Heimathafens, einen englischen Hafen anlaufen sollte, ehe es nach New York zurückkehrte.

Als der Dampfer, der infolgedessen nun doch nach Holland zurückkehren mußte, in Rotterdam ankam, wurde er von einer großen Menge von Seeleuten empfangen, die die „Internationale“ anstimmten.

Bevor der Dampfer Rotterdam anlief, kam Polizei an Bord, die eine vorläufige Untersuchung über die Arbeitsverweigerung anstellte und einen Heizer sowie neun nicht-holländische Seeleute wegen Meuterei verhaftete.

Aus den Berichten der Seeleute geht hervor, daß fast das gesamte Deck- und Maschinenpersonal geschlossen die Arbeit niedergelegt hat, als der Dampfer am vergangenen Sonntag Kurs auf England nahm. Sämtliche Feuer wurden gelöscht. Am Montag hat sich auch der größte Teil des Zivilpersonals dem Streik angeschlossen.

Da der Boykott während des Jahres 1931 nur drei bis vier Monate in Wirkung war (etwa 30 Prozent des Jahres 1931), so muß ein Ausfall von 36 Prozent der Einfuhr als sehr gutes Ergebnis bezeichnet werden. Freilich setzte der Rückgang des Handels bereits vor dem Boykott ein, was mit den Ueberschwemmungen in Mittel-China und anderen Ursachen in Verbindung steht: die Wirkung des Boykotts ist daher schwächer, als es aus Tabelle IX hervorzugehen scheint. Der wesentlich geringere Rückgang der Ausfuhr ist eine Erscheinung, die mit der Sonderstellung der Mandschurei zusammenhängt.

Ein ausführlicheres Bild der Boykottwirkung gibt Tabelle X, die die japanische Einfuhr während des boykottfreien Halbjahrs September 1930 bis Februar 1931 mit der Einfuhr September 1931 bis Februar 1932 (Februar ist der letzte Monat, für den Statistiken vorliegen) vergleicht:

Tabelle X: Einfuhr aus Japan in Millionen Yen.

Einfuhr nach:	Sept. 1930 bis Febr. 1931	Sept. 1931 bis Febr. 1932	Rückg.
Nord-China	34,64	19,92	42 %
Mittel-China	68,76	16,61	76 %
Süd-China	3,71	0,34	91 %
Insgesamt*)	107,11	36,87	66 %

*) Weder die Mandschurei noch Hongkong sind berücksichtigt.

Ausdehnung des Metallarbeiterstreiks in Niederschlesien.

Die Streikbewegung der Metallarbeiter in Niederschlesien greift weiter um sich. Die Belegschaft von etwa 500 Mann der Görlitzer Waggon- und Maschinenbau A.G. hat am Mittwoch morgen die Arbeit eingestellt. Der Deutsche Metallarbeiterverband schützt die Zahl der Streikenden auf 3500. In einer Reihe von Betrieben wird noch das Ablaufen der Kündigungsfristen abgewartet; bestehen die Arbeitgeber auf der Durchsetzung des vierprozentigen Lohnabbaus, so werden auch diese Betriebe in den Streik mit einbezogen werden.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Erfurt: Sonnabend, 10. September, 20 Uhr, im Volkshaus, Johannesstraße, Hintergebäude. Thema: Die politische Lage nach dem Burgfrieden.

Essen: Sonntag, 11. September, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Kastanien-Allee. Thema: „Der Katholikentag und die Aufgabe der Freidenkervereinigung.“ — Eintritt: 10 Pf.

Göttingen: Freitag, 9. September, 20.30 Uhr, im kleinen Saal des Volkshaus. Thema: Die Diktatur der Junker und Generale. — Die Waffe der Arbeiterschaft. Redner: Karl Eckerlin (Kassel).

Hamburg: Sonnabend, 10. September, 20.15 Uhr, im Volkshaus Barmbeck, Beimalten Schützenhof 4. Thema: „Weg mit den Parteifronten! Her mit der Klassenfront des Proletariats!“

Zwickau: Montag, 12. September, abends 8 (20) Uhr, im Gewerkschafts-Heim, Crimmitschauer Straße. Thema: „Die Reaktion marschiert! Die Arbeiterschaft —?“

Freie Aussprache

Eintritt freil

„Ihr Apfelsaft schmeckt ausgezeichnet, senden Sie bitte 50 Flaschen.“

So schrieb wieder ein Kunde. Wir haben viele anerkennende Urteile. Machen auch Sie einen Versuch!

Apfelsaft, edel und würzig, 10 Flaschen nur 5,40 Mark.
Per Bahn ab hier ausschließlich Flaschen
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O.-v.-Guericke-Str. 104.

Ist Maßkleidung zu teuer?

Maßkleidung ist eleganter, tragfähiger dauerhafter und darum billiger als Konfektion. Wer jetzt sparen muß, trägt nur Maßkleidung! Machen Sie einmal den Versuch!

Rudolf Schönheit, Herren- u. Damenmoden
Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104 H. r. l.

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords

günstige Posten Maccotuch kauft man gut und billig bei

Kurt Levy,
Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987

Ab 6. September: A. Room:

Menschenarsenal

Ein Russenfilm

Ferner: Die Affen von Suchum

Anfangszeit: 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Werbeprospekte Zeitungen Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt **A. Janiszewski**
Buchdrucker und Verlag, GmbH
Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf: Saramelnummer FI Moritzplatz 5-67

Deutschland auf dem Wege zum offenen Faschismus?

Welchen Terrormaßnahmen die Arbeiterschaft unter dem offenen regierenden Faschismus ausgesetzt ist, das zeigt Bulgarien. Wer die Tatsachen über den Faschismus in Bulgarien noch nicht kennt, der lese die Schrift:

Die Henker. Von Henri Barbusse.

143 Seiten. / Mit zwei Landkarten. / Broschiert 2,50 Mark.

„Ein sachlicher, gerade durch seine Nüchternheit erschütternder Bericht von dem Verwaltungs- und Justisterror, der heutzutage in manchen Balkanstaaten herrscht.“

„Berliner Börsen-Courier“, Nr. 234, vom 20. 5. 1927.

„Die ‚Henker‘ gehören in die Hände der Jugend, sie gehören in die Hände eines jeden denkenden und ehrlichen Menschen.“

„Die Welt am Abend“, Nr. 115, 1927.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.
Postscheckkonto Berlin 818 42.

Das sind in der Tat Rekordzahlen, die bisher von keinem einzigen chinesischen Boykott erreicht worden sind.

Bemerkenswert ist übrigens der Unterschied zwischen Nord und Süd. Man geht wohl nicht fehl, wenn man dafür die Verschiedenheit der politischen Situation, wie das bereits erörtert wurde, verantwortlich macht. Im Süden erfreuten sich die Boykottgesellschaften der offiziellen Förderung der Regierung; im Norden waren sie bestenfalls nur geduldet. Inwiefern die Tätigkeit der Boykottgesellschaften auf eine Unterstützung der Staatsgewalt angewiesen ist, wird in einem späteren Abschnitt besprochen werden.

Leider stehen mir keine Statistiken zur Verfügung, die die Mandschurei allein berücksichtigen. Nimmt man jedoch Gesamtchina (einschließlich der Mandschurei und Hongkong), so ergibt sich in der Zeit von September 1931 bis Februar 1932 ein Rückgang von 53 Prozent (gegen 66 Prozent des eigentlichen China) für die Einfuhr aus Japan. Während eines früheren Boykotts (1928/29) hatte die Mandschurei sogar eine Zunahme der Einfuhr zu verzeichnen, was übrigens wohl auch diesmal der Fall gewesen wäre, wenn nicht Krieg und sonstige Umstände einen allgemeinen Niedergang der Handelsumsätze verursacht hätten. Nach einer Schätzung von japanischer Seite hat sich der Handel mit der Mandschurei während der zweiten Hälfte des Jahres 1931 durchaus erholt. Das alles bestätigt die Erfahrung, die auch bisher gemacht werden konnte, daß die Mandschurei sich an den Boykotten nicht zu beteiligen pflegt. Gowiß findet dort ein gewisser Käuferstreik statt, indem die Konsumenten freiwillig nichtjapanische Waren bevorzugen, aber das spielt im Gesamthandel keine nennenswerte Rolle. Bedenkt man ferner, daß ein erfolgreicher Boykott, wie im eigentlichen China, eine Reihe organisatorischer Maßnahmen erfordert, die in der Mandschurei angesichts des japanischen Einflusses kaum verwirklicht werden könnten, so wird die Sonderstellung dieses Gebiets durchaus verständlich. (Schluß folgt.)

Verhandlungen im Ruhrbergbau.

Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Gewerkschaften über das gekündigte Mehrarbeits- und Lohnabkommen sollen am 9. September in Essen stattfinden. Das Mehrarbeitsabkommen wurde von den Arbeitnehmern, das Lohnabkommen von den Arbeitgebern gekündigt.

Für die Verhandlungen hat die jüngste Papen-Notverordnung die Position der Unternehmer außerordentlich gestärkt. Sie werden vermutlich auf das Mehrarbeitsabkommen gern verzichten, da sie — wie wir gestern auf Grund von Zahlen zeigten — am besten fahren, wenn sie die Arbeitszeit auf 40 Stunden herabsetzen und den Ausfall durch Neueinstellungen ausgleichen, auf Grund deren sie erstens eine Prämie und zweitens das Recht auf Lohnkürzung bekommen.

Ende des belgischen Bergarbeiterstreiks?

Zwischen Vertretern des belgischen Bergarbeiterverbandes und der Arbeitgeberverbände ist eine Einigung über die Bedingungen, zu denen die Arbeit wieder aufgenommen werden soll, erzielt worden. Die Löhne werden ab 1. Oktober um ein Prozent erhöht. Eine weitere Lohnerhöhung soll folgen, falls die deutsch-belgischen Verhandlungen über die Kontingentierung der Kohleneinfuhr zu dem gewünschten Ergebnis führen. Diese Bedingungen bleiben weit hinter denen zurück, die am Sonntag vom Bergarbeiterkongreß angenommen waren.

Ueber die Stellung der Bergarbeiter zu diesem Abkommen ist vorläufig noch nichts bekannt.

Gruppe revolutionärer Pazifisten.

Diskussionsabend, Freitag, 9. September, 20 Uhr, im „Adler“ am Dönhofsplatz (Kommandantenstr. 84). I. Eugen Brehm: „Antikriegskongreß“. II. Kurt Hiller: „Die kleinen Gruppen und die Einheitsfront.“ Gäste willkommen.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Kommunisten in falscher Front. Polizei-Untersuchungsausschuß des preuß. Landtags.

In schlechter Gesellschaft befindet sich der kommunistische Landtagsabgeordnete Schwonk als Vorsitzender des Polizeiuntersuchungsausschusses des Landtags: ihm zur Seite sitzt nämlich der NS Daluogo als Berichterstatter dieses Ausschusses, der auf Antrag der Nazis gebildet worden ist.

Daluogo berichtete am Mittwoch, daß er über 300 Schreiben mit Beschwerden gegen die Polizei erhalten habe. Die Beschwerden wurden in drei Kategorien eingeteilt, die drei Sonderberichterstatter — sämtlich Nazis — zugeteilt wurden. Was hier gespielt wird, zeigt weiter der erste Verhandlungsfall, der vor dem neuen Ausschuß am Donnerstag zur Sprache kam: Am 12. Juli sollen verhaftete Nazis auf der Polizeiwache in der Lynarstraße in Berlin mißhandelt worden sein. Vor dem stark mit Nazis besetzten Zuhörerraum werden Nazis aus der Untersuchungshaft — also solche, die schon einiges auf dem Kerbholz haben, denn es sitzt nicht leicht ein Nazi heute in Untersuchungshaft — vorgeführt und als Zeugen gegen die Polizeibeamten vernommen.

So verständlich es ist, daß der derzeitige Polizeipräsident die Erlaubnis für die Vernehmung der beschuldigten Beamten vor diesem „Tribunal“ erteilt hat, so unverständlich ist es, daß ihm ein Kommunist präsidiert. Es handelt sich doch um ein Unternehmen, das zu nichts dienen wird als dazu, die Polizei gegenüber Nazis zurückhaltender zu machen.

Auch das weitere Tätigkeitsprogramm dieses Ausschusses ist rein nationalsozialistisch: die Vorgänge beim Aufziehen der Berliner Skagerakwache sollen untersucht, die Klagen gegen Grzesinski und Heimannsberg, gegen die Polizeipräsidenten von Oppeln und Königsberg sollen verhandelt werden.

Der tägliche Klassenkampf der Zensur.

Das kommunistische „Thüringer Volksblatt“ ist am 7. September wieder für vierzehn Tage verboten worden, weil es Mitglieder der thüringischen und der Reichsregierung beschimpft haben soll. Es war kaum eine Woche wieder erschienen, nachdem es Mitte August für ebenfalls vierzehn Tage verboten gewesen war.

„Alarm“, die republikanische Wochenschrift, darf vom 15. September ab wieder erscheinen. Der Polizeipräsident von Berlin hat das Verbot etwas abgekürzt.

Bracht als Kunstzensor.

Bund revolutionärer Künstler darf nicht ausstellen.

An der Großen Berliner Kunstausstellung 1932, die in diesen Tagen im „Schloß Bellevue“ eröffnet worden ist, wollte sich auch der „Bund revolutionärer bildender Künstler“ beteiligen. Eigentümer des „Schlosses Bellevue“ ist jedoch der preußische Staat. Auf Grund des mit der Ausstellungsleitung geschlossenen Mietvertrages steht dem Grundstückseigentümer das Recht zu, die Entfernung solcher Ausstellungsgegenstände zu verlangen, die in irgend einer Beziehung Anstoß erregen könnten. Von diesem Recht hat der preußische Staat Gebrauch gemacht und etwa 40 Bilder von Angehörigen des Bundes revolutionärer Künstler zur Ausstellung nicht zugelassen. Die Aufforderung zur Entfernung der beanstandeten Bilder hat der Bund revolutionärer bildender Künstler damit beantwortet, daß er auch die übrigen Werke seiner Mitglieder von der Ausstellung zurückgezogen hat. Der Bund wird also auf der Großen Berliner Kunstausstellung nicht vertreten sein.

Nach dieser Reklame, die Bracht für ihn gemacht hat, kann nun der „Bund revolutionärer Künstler“ eine Sonderausstellung in gastlicheren Räumen, die der Brachtialgewalt nicht unterliegen, veranstalten.

Schlichter-Besprechung in Karlsruhe.

Der Reichsarbeitsminister hat die 13 Schlichter zu einer Besprechung über die sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung auf Freitag nachmittag nach Karlsruhe eingeladen.

Papensche „Richtigstellungen“.

Eine Anweisung zu ihrer Lektüre.

Vor einigen Tagen hatte der „Sozialdemokratische Pressedienst“ einen in den Büros der Reichsregierung ausgearbeiteten Gesetzentwurf veröffentlicht, dessen Inhalt er kurz und treffend in die Worte zusammenfaßte: „Die Reichsregierung wird ermächtigt, auf dem Gebiet der Sozialpolitik zu tun, was sie will.“ Die Reichsregierung hatte damals eine „Richtigstellung“ mitteilen lassen; in der gesagt wurde, es handele sich um einen „Vorentwurf“, der in der vorliegenden Form längst fallen gelassen worden sei.

Wenige Tage darauf, durch die neueste Notverordnung (und zwar in dem Abschnitt: „Sozialpolitische Maßnahmen“), sind die Bestimmungen des dementierten Entwurfs (zum großen Teil sogar unter Benutzung derselben Formulierung) zum Gesetz erhoben worden — mit einer Ausnahme: die im Entwurf enthaltene Ermächtigung zu Maßnahmen auf dem Gebiet des Mietrechts, Wohnungswesens und der Enteignung von Boden zu Bauzwecken ist gestrichen worden. Alle Maßnahmen aber auf den Gebieten der Sozialversicherungen, des Arbeitsverhältnisses und des Tarifwesens sind in die Notverordnung aufgenommen worden, sodaß der Inhalt des § 1 des Abschnittes über sozialpolitische Maßnahmen in der Tat so formuliert werden kann:

Die Regierung ist ermächtigt, auf dem Gebiet der Sozialpolitik zu tun, was sie will.

Wir hatten von vornherein die Richtigstellung der Reichsregierung nicht anders gelesen, als sie — wie die auf dem Fuße folgende Tat zeigte — gemeint gewesen war. Wir halten diese Lehre für zukünftige „Richtigstellungen“ hier fest.

Hier ist wieder ein Dementi:

Berliner Abendblätter hatten Meldungen über den Rücktritt der Ministerialdirektoren Klausener und von Leyden gebracht. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst

Der politische Schachergeist.

Zur Auflösung des Reichstags.

Die Morgenzeitungen sind fast übereinstimmend der Meinung, daß es zur Auflösung des Reichstags kommen wird, da die Regierung jedenfalls entschlossen sei, auf ein Mißtrauensvotum oder eine Annahme des Antrags auf Aufhebung der Notverordnung mit der Auflösung zu antworten. Dieser Entschluß erhält dadurch neue Nahrung, daß die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nazis nicht sehr weit gediehen sind. Das Reichstagspräsidium — Göring, Esser und Rauch werden Freitag vormittag beim Reichspräsidenten erwartet — wird Hindenburg voraussichtlich keine positiven Vorschläge über die Bildung der neuen Mehrheit im Reichstag machen können. Die „Berliner Börsen-Zeitung“ rechnet bereits aus, daß die Neuwahlen in die erste Hälfte des November fallen würden. Sie ist der Ansicht, daß der Reichspräsident sich unter gar keinen Umständen in politische Verhandlungen mit Göring und Esser einlassen werde.

Die Nationalsozialisten werden wahrscheinlich eigene Anträge zur Notverordnung der Regierung bringen. Ob sie darin die Aufhebung der Notverordnung verlangen werden, schreibt der „Angriff“ nicht.

Hitler hat in einer Rede am Mittwoch im Zirkus Krone in München zu den Koalitionsverhandlungen seiner Partei mit dem Zentrum in der ihm eigenen Zurückhaltung anlässlich konkreter politischer Aufgaben gesagt: „Man wirft uns vor, wir wollten jetzt plötzlich mit anderen Parteien eine Koalition bilden. Darauf sagen wir: Wir wollen mit anderen Parteien (er verhandelt also doch!) die Rechte des Volkes wahren, wenn es schon nicht anders geht!“ Im übrigen hat er — den Demokraten einmal wieder ins Stammbuch! — geäußert: „Wenn andere sagen, die Verfassung sei überlebt, dann sage ich, die Verfassung hat jetzt erst ihren Sinn, denn jetzt komme ich und der Nationalsozialismus zur Macht.“

SP erkennt die Nazis als verfassungstreue Partei an!

Eine Interpellation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den Reichstag wegen des „Vorwärts“-Verbotes war vom Reichstagspräsidenten Göring zurückgewiesen worden, weil der „Vorwärts“ darin als das Organ der größten auf dem Boden der Reichsverfassung stehenden Partei bezeichnet worden war. Darin hatte der neueste Hüter der Verfassung, Göring, eine Kränkung der „größten Fraktion des Reichstages“ erblickt. Die SP-Fraktion hat nunmehr die Interpellation in neuer Fassung wieder eingebracht und den „Vorwärts“ jetzt als Organ der zweitgrößten, auf dem Boden der Verfassung stehenden Partei bezeichnet. Der „Vorwärts“ bemerkt dazu ironisch: „Die Nationalsozialisten können sich jetzt nicht mehr gekränkt fühlen.“ Daß diese — völlig überflüssige und der Wahrheit Hohn sprechende — ausdrückliche Bestätigung der „Verfassungstreue“ der Nazis andere „kränken“ könnte — nämlich Republikaner und Sozialisten — ist den Kniebeugern in der SP-Fraktion und im Redaktionsstab des „Vorwärts“ offenbar eine überholte Angelegenheit.

Lahme Erklärungen vom ADGB und AFA-Bund.

Der Vorstand des ADGB hat seinen Vertretern, die heute mit dem Reichsarbeitsminister über die Notverordnung verhandeln, Ermahnungen mit auf den Weg gegeben, dort „energischen Protest zu erheben“. Der Bundesausschuß des ADGB wird in den nächsten Tagen zusammentreten, um zur gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen. Auch an die deutschen Regierungsvertreter auf der Tagung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeits-Amtes, die am 21. September in Genf beginnt, wird eine Ermahnung gerichtet, sie sollten sich für die internationale Verständigung über eine allgemeine gesetzliche Einführung der vierzig-Stunden-Woche einsetzen. Man vergleiche hierzu die Meldung über Mussolinis Vorgehen an anderer Stelle dieses Blattes.

Der AFA-Bundesvorstand veröffentlicht eine Entschliebung, die gegen die Notverordnung Stellung nimmt und zum Schluß die Frage „Was tun?“ damit beantwortet, daß die Gewerkschaften

die Parteien im Reichstag, die gegen den Lohnabbau sind, auffordern, ihre Mehrheit zur Aufhebung der Notverordnung zu benutzen.

Das enthält also eine Aufforderung an die Nazis, den AFA-Bund zu unterstützen! „Reichstag, greif an!“ heißt also auch beim AFA-Bund die Losung. Vielleicht singt der AFA-Bund in Zukunft, soweit er überhaupt revolutionäre Lieder singt: „Uns aus dem Elend zu erlösen, können nur die Nazis tun!“

Interessenten melden sich.

Wenn man dem Teufel den kleinen Finger reicht ...!

Der Langnamverein betont in einer Eingabe an die zuständigen Stellen die Notwendigkeit, die durch die Steueranrechnungsscheine bei der Reichsbahn freierwerdenden Mittel in voller Höhe für die Sach- und Arbeitsbeschaffung zu verwenden. Er rechnet der Reichsbahn genau vor, wieviel Kilometer Strecke sie umbauen sollte.

Die Hausbesitzer, die bekanntlich — außer der Aushängung von Steuergutscheinen bei der Bezahlung von Grundsteuer — 50 Millionen Mark als Zuschuß zu Reparaturen geschenkt bekommen, begrüßen diese Maßnahme der Reichsregierung „als einen kleinen ersten begrüßenswerten Schritt zur Sanierung der Wohnungs- und Realcreditwirtschaft“. Die Reichsregierung müsse sich nun auch mit dem Zinssenkungsproblem befassen. Es komme darauf an, „das im Hausbesitz ruhende nationale Milliardenvermögen bald wieder rentabel zu machen“.

Großgrundbesitzer rufen nach dem zweiten Teil der Notverordnung. Die Hugenbergsche „Landwirtschaftliche Wochenschau“ läßt sich von „führender landwirtschaftlicher Seite“ schreiben:

„In weiten landwirtschaftlichen Kreisen ist man enttäuscht darüber, daß nicht schon zusammen mit der Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft die entscheidenden Maßnahmen der Binnenmarktpolitik ergriffen worden sind, die in der amtlichen Begründung wieder nur in Aussicht gestellt wurden. Man kann aber in der Tat trotz des großen Wurfes, den der erste Teil des Wirtschaftsplans darstellt, zu seinen Einzelheiten nur dann einigermaßen positiv Stellung nehmen, wenn man die schnelle Folge des notwendigen zweiten Teils als sicher voraussetzt. Könnte man das nicht, dann wäre auch diese Notverordnung ein Schlag ins Wasser, dann würde sie nicht eine Wende des Wirtschaftslebens in Aussicht stellen, sondern nur eine neue schwere Enttäuschung, deren Folgen sich leicht ausmalen lassen.“

Die Führer der Grünen Front werden am Freitag dem Reichskanzler ihre Forderungen vortragen. Es handelt sich vor allem um den sogenannten „zweiten Teil“ des Wirtschaftsprogramms (Einfuhrkontingente, Zinssenkung, Erleichterung von Zucker- und Schlachtsteuer, Margarinesteuer).

Die Führer der Gelben Gewerkschaften haben eine Entschliebung angenommen, in der sie ihren alten Grundsatz wiederholen, daß nur der Gedanke der Wirtschaftverbundenheit und die Ablehnung jeglichen Klassenkampfes zu einer Besserung der Lage der Arbeiterschaft führen. Sie erwarten, daß die Reichsregierung „vor allen Dingen durch Maßnahmen zu erkennen gibt, daß auch die im Hauptauschuß vertretenen Mitglieder in wirtschaftlicher Beziehung kein Freiwill darstellen, sondern als gleichberechtigt behandelt und angesehen werden, wenn sie, was sicherlich das Natürliche wäre, diesen auf den Werksfrieden hinarbeitenden Organisationen nicht den Vorzug geben will. (!) Jedenfalls müssen die im Hauptauschuß vertretenen Verbände verlangen, daß den arbeitsrechtlichen Faktoren der Zukunft, dem Werkstarif und den freiwilligen Schiedsgerichten der Vorzug gegenüber dem bestehenden Tarif- und Schlichtungswesen eingeräumt und der Schutz der Staatsorgane zuteil wird“.

Die Arbeitgeberspitzenverbände waren am Mittwoch beim Reichsarbeitsminister. Sie versprochen, die Reichsregierung bei der Durchführung der Notverordnung zu unterstützen, — ein Versprechen, das ihnen sicher nicht schwer gefallen ist!

Berliner Haushalt 1932.

Fehlbetrag umgetauft in: „Zu erwartende Beihilfe des Reiches und Staates“.

Der Stadtkämmerer berichtete in der am Mittwoch stattgefundenen Sitzung des Magistrats über den augenblicklichen Stand des Haushalts. Der Fehlbetrag von 115 769 730 Mark, mit dem der Haushalt bei der Beendigung der Beratungen der Stadtverordneten vor den Ferien abschloß, hat sich inzwischen durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 um rund 32 Millionen (erhöhte Reichshilfe), durch die preußische Notverordnung um 6,4 Millionen (Sparabzug bei den Gehältern) und durch die letzte Reichsnotverordnung um etwa 7 Millionen (Bürgersteuer in den Monaten Oktober bis Dezember) verringert.

Eine Verminderung des noch verbleibenden Fehlbetrages von 68—70 Millionen Mark durch Maßnahmen der Stadt ist nicht mehr möglich. Der Magistrat wird deshalb der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zur endgültigen Feststellung des Haushalts auf der dargelegten Grundlage unterbreiten. Es handelt sich in der Hauptsache um die Festsetzung der Höhe der Bürgersteuer (dreifacher Landesatz wie bisher) und um die Einordnung des verbleibenden Fehlbetrags in den Haushalt als „zu erwartende Beihilfen des Reiches und Staates“. Zu dieser Erwartung fühlt sich die Stadt um so mehr berechtigt, als das Reich ausdrücklich eine weitere Hilfe für die Gemeinden zugesagt hat, wenn sich die Berechnungsgrundlage des bisherigen Ausschusses verschieben sollte.

Das Aufliegen des Felsenbeck-Prozesses

ist dadurch besiegelt worden, daß das Kammergericht die Beschwerde der Verteidiger gegen den Schwurgerichtsschluß über das Ausscheiden der beiden Richter als unzulässig verworfen hat.

Man muß also befürchten, daß der Prozeß vor das Sondergericht kommt,

also unter Bedingungen wieder aufgenommen wird, die für die angeklagten Arbeiter erhebliche Verschlechterungen darstellen.

Die Papen-Hausse an der Berliner Börse ist vorüber. Die Kursrückgänge betrugen am Mittwoch 3—7 Prozent, in einzelnen Fällen bis zu 10 Prozent.

hierzu mitteilt, „entsprechen die Nachrichten über eine erfolgte oder bevorstehende Zurverfügungstellung zweier Ministerialdirektoren im preußischen Ministerium des Innern nicht den Tatsachen“.

Zu den erwähnten Abendblättern gehört der „Abend“, dem wir über die fraglichen Herren folgende Mitteilung entnehmen:

Klausener, Dezernent für Polizeifragen im preußischen Innenministerium und Berliner Vorsitzender der „Katholischen Aktion“, soll der eigentliche Vater der Bracht'schen Badehosenverordnung sein.

Von Leyden, der kommunalpolitische Dezernent, gilt als der Urheber der Bracht'schen Verwaltungsreform.

Der „Abend“ wurde zu seinen Mitteilungen veranlaßt durch einen Artikel im „Tag“, in dem der deutschnationale Landtagsabgeordnete Borch den Abbau (ungenannter) höherer Beamter forderte, unter anderem den Abbau eines „Ministerialdirektors, der stets um die Herren der SPD und des Zentrums schwänzelte, wider besseres Einsehen den Gewerkschaften alle Wünsche erfüllte und der nun treu und loyal zum neuen Kurse steht“.

Schleicher faßt in Preußen festen Fuß.

Als Nachfolger des abzubauenden Klausener soll, wie ebenfalls der „Abend“ mitteilte, ein aktiver Reichswehroffizier ausersehen sein. Schleichers Interesse gerade an diesem Posten, dem Dezernat für die preußische Polizei, liegt auf der Hand.

Zum Leiter der Pressestelle des preußischen Staatsministeriums ist Herr von Carlowitz ernannt worden; bisher war er Hauptmann im Reichswehrministerium, jetzt ist er Oberregierungsrat geworden.

Schleicher treibt, soweit es sich um Ansammlung von Macht handelt, eine sehr zielbewußte Politik.

Krisenwende? Hoffnungen und Hemmungen.

„... eine Reihe von wichtigen Anzeichen“ deuten „darauf hin ... daß das längste Stück des Weges, der zur Krise führte, nunmehr zurückgelegt ist.“ Mit diesem Worte bekannte sich P a p e n in seiner Rede in Münster zu dem Glauben an eine baldige Wende der Konjunktur.

Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb dazu (Nr. 644, vom 29. August 1932): „Verblüffend rasch hat das jetzige Kabinett die Perspektiven realisiert, die sich aus der Wendung in der internationalen Bewegung der Warenpreise politisch und wirtschaftlich ergeben. ... hoffentlich kontrolliert das Kabinett genau, daß es ... auf die gewiß beachtlichen Vorgänge an den internationalen Warenbörsen nicht allzu prompt, allzu kühn und etwas voreilig reagiert.“

Besteht tatsächlich Aussicht auf eine baldige Belebung der Wirtschaft?

Der bekannte Schweizer Bankier Felix Somary veröffentlichte kürzlich eine kleine Schrift „Krisenwende?“ (Berlin 1932, Verlag S. Fischer, 59 Seiten, 1 Mark), die er mit den Worten schließt: „Der Augenblick zum Eingreifen, zur Herbeiführung der Krisenwende ist heute da — weh unsrer Zeit, wenn wir ihn versäumen.“

Somary ist ein international angesehener Schriftsteller und Bankfachmann, der letzthin von sich reden machte durch den vorausschauenden Blick, mit dem er nach dem Zusammenbruch der Oesterreichischen Credit-Anstalt, im Frühjahr 1931, den Niederbruch der deutschen Bankenorganisation, die Einstellung der englischen Goldzahlungen und den Sturz des Kreuger-Konzerns voraussagte. Welche Gründe für das Herannahen der Krisenwende nennt dieser Mann?

Haben die Preise den „Verzweilungspunkt“ erreicht?

Die Preise der wichtigsten Rohstoffe sind auf Vorkriegsniveau und teilweise darunter gesunken. Das Risiko des Rohstoffeinkaufs ist gering für den Unternehmer, da die Möglichkeit der Preissenkung begrenzt, die Materiallager der Fabriken gering und die Kreditbedingungen günstig sind. Bisher ist die Preisentwicklung nach unten gegangen. Der „Verzweilungspunkt“ ist in wichtigen Zweigen ungefähr erreicht — er bedeutet auf dem Rohstoffmarkt den Krisenwendepunkt.“ Die Tendenz zur Preissteigerung bei den Rohstoffen ruft größere Kauflust in der ganzen Kette von den Weiterverarbeitern über den Handel bis zu den Konsumenten hervor; denn die Erwartung steigender Preise führt zur Beschleunigung und Vergrößerung des Einkaufs. In Kanada und Australien, in Brasilien und bei den Rohstoffproduzenten der Union muß die Wirtschaftserholung einsetzen.

Seit Somary dies niederschrieb, sind tatsächlich die Preise einer Anzahl wichtiger Welthandelswaren gestiegen. Aber ist dies bereits der Beginn einer dauerhaften Wirtschaftsbelebung? Wenn aus allzu großem Pessimismus und in Erwartung weiterer Preisstürze die Händler ihre Lager allzu knapp werden lassen, dann kommt ein Punkt, an dem sie mit der Wiedereindeckung einsetzen müssen. Ob dieser Punkt aber zur Krisenwende führt, das hängt davon ab, ob die Konsumenten, die letzten Abnehmer all der aus tiefen Rohstoffen hergestellten Güter, in der Lage sind, mehr zu kaufen als vorher. Ueber diese wichtige Frage hat Somary nichts gesagt. Unsero Kenntnis der Tatsachen aber belehrt uns darüber:

Die Massenkaufkraft zeigt in den wichtigsten Ländern keine Anzeichen des Wachstums.

So lange aber bedeutet die Knappheit der Rohstofflager und der Wunsch der Händler, die Lager zu ergänzen, sehr wenig.

Ein Schulbeispiel hierfür lieferte dieser Tage die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 651/52, vom 1. September 1932) in einem Bericht über die Leipziger Messe: „... Bedarf allerwärts besteht. Aber bekannte und oft besprochene Gründe stehen der Eindeckung entgegen. ... Fast grotesk mutet es an, daß, um ein Beispiel hervorzuheben, ein fix und fertiger Damenmantel für 3,75 Mark vom Fabrikanten angeboten wurde und daß selbst bei einem solchen Preis der Käufer sich überlegt, ob eine Absatzmöglichkeit besteht. Nicht etwa, weil ihm die Ware nach Aufmachung und Qualität nicht zusagen würde, sondern weil er sich fragen muß, ob sich überhaupt in größerem Umfange ein Mantelgeschäft entwickeln können in einer Zeit, wo alle Kleider zum soundsovielten Male gestopft und geflickt werden.“

Bedarf ist da bei den Kaufleuten — denn die Lager sind leer. Bedarf ist dabei den Konsumenten. Aber ihnen fehlt die Kaufkraft, um ihren Bedarf zu decken. Und darum können die Kaufleute ihre Lager nicht auffüllen. Ob die Rohstoffpreise teilweise unter den Vorkriegspreisen liegen oder nicht, das ist in dieser Beziehung ganz gleichgültig.

Das erste Argument Somarys für das Herannahen der Krisenwende ist also nicht durchschlagend. Sehen wir weiter:

Aufgestaute Kaufkraft kommt in Bewegung?

Die „große Summe internationaler Bereitschaftsgelder“ und die gewaltige Goldreserve, insbesondere in Frankreich, stellt eine Riesenkraft aufgestauter Kaufkraft dar. Frankreich wäre heute — meint Somary mit Recht — stark genug, allein die Neufinanzierung Europas durchzuführen; allerdings müßte dazu „volles Vertrauen ... zur Zahlungsfähigkeit des Auslandes (von Frankreich aus gesehen. K.H.) Vorbedingung sein“.

Kann denn ein Mensch von einem ernsthaften Franzosen Vertrauen zur Zahlungsfähigkeit deutscher, österreichischer oder südamerikanischer Kreditnehmer erwarten? Nein:

„bei der bisherigen Art des Wirtschaftens“ waren „die Länder Europas und Südamerikas und ihre Industrien für Anleihen oder Kredite ... nicht gute Schuldner“, sagt Somary sehr richtig. Aber dieser Zustand ist ja heute unverändert. Somary schildert treffend die entscheidenden Ursachen für die „Verlängerung der Krise“:

„Man hat Moratorien gemacht, weil man nicht den Mut zur Sanierung gefunden hat ...“

... der Handelsverkehr wird durch die Maßnahmen Deutschlands und die Gegenmaßnahmen des Auslandes in beispielloser Weise gehemmt ...“

„Wie der Schuldner (die deutschen Schuldner bei ausländischen Kreditgebern. K.H.), so haben auch die Gläubiger (vor allem die amerikanischen Banken. K.H.) des Stillhalteabkommens die Fiktion aufrechterhalten wollen, daß sie hundert Prozent ihrer Forderungen erhalten werden.“

Die Leiter der Banken in der ganzen Welt „scheuen vor jedem Konsolidierungsplan zurück und tragen dadurch zur Verlängerung der Krise entscheidend bei“.

Das ist ganz richtig gesehen: international und national wird die Wirtschaftsgesundung aufgehalten dadurch, daß die Abschreibung der Schulden und das Verschwinden der bankerotten Unternehmer gehindert wird durch den Mangel an „Mut zur Sanierung“ bei den „Wirtschaftsführern“. Diesen Mangel an Mut können sich die Herrschaften aber nur so lange leisten, wie sie es vermittels ihres Einflusses auf die verschiedenen Staatsapparate verstehen, immer neue Stillhalteabkommen, Vergleichsverordnungen, Zölle und Subventionen aller Art zu Gunsten ihrer bankerotten Herrlichkeit durchzudrücken.

Wie kann Somary angesichts dieser Sachlage auf Grund der großen brachliegenden Sparreserven — vor allem in Frankreich — eine Wirtschaftsbelebung erwarten? Solange die bankerotten Produzenten weiter den gesunden Betrieben auf deren Kosten Konkurrenz machen und solange die Massenkaufkraft nicht steigt, werden die vorsichtigen französischen Sparer nicht aus ihrer Reserve herausgehen. — Hier bringt nun Somary einen weiteren Hinweis:

Hungriges und anspruchsloses Kapital?

Das internationale Kapital ist „hungrig und anspruchslos“ geworden, „hungrig infolge der langen Zinslosigkeit, anspruchslos im Zinssatz. Und damit ist der dritte Drehfaktor der Krise bestimmt.“

Es ist gewiß richtig, daß ein Sparer, der jahrelang keine Zinsen bekommen hat, schließlich mit einer geringen Verzinsung vorlieb nimmt. Es ist aber auch richtig, daß ein Sparer, der große Verluste erlitten hat, mißtrauisch und besonders vorsichtig ist. Wie weit dieses Mißtrauen der Sparer gegangen ist, zeigten die Wertpapierkurse Ende Mai dieses Jahres in New York. Damals kostete die 6prozentige Preußische Staatsanleihe nur den doppelten Betrag des einjährigen Zinsertrages. Es kosteten 100 Mark der

6½ prozentigen Preußischen Staatsanleihe 17 Mark, 5½ prozentigen Deutschen Young-Anleihe 31 Mark, 7 prozentigen Deutschen Dawes-Anleihe 52 Mark.

„Die Börsen haben die schlimmsten Eventualitäten diskontiert (im Preis der Wertpapiere vorweggenommen. K.H.), und der eventuelle Eintritt der Zahlungsunfähigkeit kann für sie kaum mehr Konsequenzen auslösen. Das ist ein starkes Markt-, ein wichtiges Sanierungsmoment.“

Seitdem Somary dies niederschrieb, sind die Kurse der Wertpapiere in New York tatsächlich sehr stark angestiegen. Es kosteten dort am 7. September 1932 je 100 Mark der

6 prozentigen Preußischen Staatsanleihe 45 Mark, 6½ prozentigen Preußischen Staatsanleihe 45,75 Mark, 5½ prozentigen Deutschen Young-Anleihe 49,75 Mark, 7 prozentigen Deutschen Dawes-Anleihe 69,25 Mark.

Die Kurse der Aktien und sonstigen Wertpapiere sind an der New Yorker Börse ebenfalls gewaltig gestiegen. All dies ist sicherlich weitgehend eine Folge davon, daß das internationale Kapital „hungrig und anspruchslos“ geworden ist. Aber diese Steigerung auf dem amerikanischen Wertpapiermarkt ist noch kein Zeugnis dafür, daß wirklich der Krisenwendepunkt da ist.

„Man weiß nicht einmal, ob die amerikanische Effektenhaushaus und die Steigerung der Warenpreise der Beginn einer echten Erholung oder nur die ... Richtigstellung einer aus Kopflosigkeit übertriebenen Wertminderung ist, wenn sie nicht überhaupt spekulativer Natur ist.“ Das schreibt eine kapitalistische Zeitschrift, der „Wirtschaftliche Ratgeber“ (Nr. 34, vom 27. August 1932), eine Zeitschrift, die ihre Leser in der richtigen Anlage ihrer Ersparnisse berät und mit sehr guten Gründen die Aussicht auf Wirtschaftsbelebung in weite Ferne rückt und zusammenstellt:

Was spricht gegen baldige Konjunkturbelebung?

a) International: „... solange sich große Teile Europas und Südamerikas im Zustande politischer und wirtschaftlicher Zersetzung befinden,

solange die internationalen Schuld- und Forderungsverhältnisse eine einzige große Lüge sind,

solange der gegenseitige wirtschaftliche Abschluß der Länder noch dichter wird ... —

solange glauben wir auch nicht an eine nahe internationale Wirtschaftsbelebung.

... Die amerikanischen Präsidentenwahlen sind es gerade, die gegen die Wahrscheinlichkeit eines bevorstehenden Aufschwunges so skeptisch stimmen. Man braucht eine Atmosphäre, und möglicherweise ist die als Anbruch einer neuen Zeit gepriesene Steigerung der Effektenkurse und Warenpreise am Ende nur das Ergebnis eines unsichtbaren Managements zu politischen Zwecken.“

b) National: Am stärksten gegen die Konjunkturbelebung in Deutschland sprechen „die Autarkiebestrebungen der Landwirtschaft“ (besser: der Großagrarien! K.H.): „Man spricht zwar von einer Stärkung des Binnenmarktes durch Autarkie, aber man hütet sich wohlweislich, die Produktivität eines auf den Schutz von Getreide und Kartoffeln abgestellten Binnen-

marktes zu messen an der Produktivität eines am billigsten Erzeugungsort für jede Ware orientierten Weltmarktes.“

„Aber, wenn es, wie jetzt in Deutschland, immer mehr dahin kommt, daß ... einwachsender Teil des Volkseinkommens und Volksvermögens notwendig ist, um unhaltbare Besitz- und Betriebsverhältnisse in der Landwirtschaft zu konservieren, dann zeigt diese Umkehrung aller natürlichen Beziehungen einen Niedergang an, der nicht nur konjunktureller (vorübergehend konjunkturbedingter. K.H.), sondern struktureller Natur (in der Wirtschaftsstruktur begründeter. K.H.) ist.“

Dies zeigt — meint der „Wirtschaftliche Ratgeber“ weiter — „wie gering die Hoffnung auf eine nachhaltige Wirtschaftsbelebung in Deutschland ist, solange nicht durch eine Agrarreform an Haupt und Gliedern die Ursachen des unersättlichen Subventions- und Protektionshungers der Landwirtschaft (besser: der Großagrarien! K.H.) beseitigt sind.“

Wir können jedes Wort dieser Ausführungen unterschreiben. Aber wir müssen sie insofern ergänzen, als wir auf den unersättlichen Subventions- und Protektionshunger der Schwerindustrie hinweisen, der ähnlich belastend auf die deutsche Wirtschaft wirkt wie der der Großagrarien. (Vergleiche: „Funke“ Nr. 203 vom 30. August 1932.)

Schlechte Aussichten für eine Krisenwende.

Wir wollen auf die Vorschläge, die Somary zur Ueberwindung der Krise macht, hier nicht eingehen. So interessant die Vorschläge im einzelnen sind, sie gehen an der Tatsache vorbei, daß — abgesehen von der „belebenden“ Wirkung eines Krieges — nur eine Belebung der Massenkaufkraft zu einer verstärkten kaufkräftigen Nachfrage nach Konsumgütern und somit zu einer mehr als vorübergehenden Neuanhebung des Produktionsapparates führen kann.

Der Bankier Somary hat den wirtschaftlichen „Ueberbau“, den das Bank- und Kreditwesen darstellt, in der genannten Broschüre meisterhaft durchleuchtet. „Aber allzu sehr nur diesen! Wir müssen auf den „Unterbau“ hinweisen: auf das Gebiet der Konsumwirtschaft, von der ja letzten Endes auch die Rohstoffwirtschaft, die Produktionsmittelindustrien und aller Zwischenhandel getragen wird. Und da finden wir überall — in den kolonialen Rohstoffländern, in den kapitalistischen Agrar- und Industriestaaten, eigentlich nur, in gewissem Umfang, mit Ausnahme Frankreichs — auch heute noch eine fortwährende Schwächung der Massenkaufkraft durch die Wirtschaftspolitik: Lohndruck einerseits und Subventionierung fauler großindustrieller und großagrarischer Wirtschaftszweige andererseits.“

Jede künstliche Belebung der Wirtschaft, jedes Programm der Neufinanzierung wirtschaftlicher Aktionen ist sinnlos, wenn es nicht auf das Ingangkommen einer gesunden zuzätzlichen Massenkaufkraft gerichtet ist.

„Man versuche nicht zu halten, was stürzt, man mache nicht den aussichtslosen Versuch, Kadaver zum Leben zu erwecken.“ (Somary.)

Aber das tut man heute noch. Für eine Belebung der Massenkaufkraft aber geschieht nichts, weniger als nichts!

Unter diesen Umständen warnen wir vor dem Aberglauben an eine baldige Wende der Krise.

... international spricht gegen eine nachhaltige Wirtschaftsbelebung neben vielem anderen, die Nähe der amerikanischen Präsidentenwahl, die jedem leisen Ansatz zur Ueberwindung der Krise sofort hypertrophische (aufgeblähte. K.H.) Dimensionen verleiht und dadurch neue Rückschlagsgefahren schafft. In Deutschland aber ist das

stärkste Hindernis eines baldigen Aufschwunges die gewaltsame, über das natürliche Maß hinausgeführte Schrumpfung des Außenhandels durch den zügellosen Agrarprotektionismus.

Diese Erkenntnis ist weit davon entfernt, allgemein zu sein; sie gilt sogar als eine Art von Landesverrat. Begleitet ist dieser Protektionismus von einer wachsenden Inanspruchnahme des Volkseinkommens und Vermögens für die Subventionierung überholter landwirtschaftlicher Besitz- und Betriebsformen (und bankerotter schwerindustrieller Betriebe und Konzerne. K.H.).

Unter diesen Umständen ist ein auf vagen Gefühlen basierter Optimismus nicht am Platze; er ist im Gegenteil das stärkste Hindernis einer wirklichen Erholung.“

Diese Zeilen stammen wiederum aus dem „Wirtschaftlichen Ratgeber“. Wir stehen nicht an, unser Einverständnis mit dieser klugen vorurteilsfreien Stimme aus kapitalistischem Lager festzustellen. Karl Hinkel.

Arbeitsmarkt-Statistik als Krisenbarometer?

Die amtliche Statistik versagt vollständig.

Nach der amtlichen Statistik der Arbeitsämter gab es Ende August:

Hauptunterstützungsempfänger	
in der Arbeitslosenversicherung	698 000
in der Krisenfürsorge	1 298 000
Wohlfahrtsberwerblose	2 016 000
Notstandsarbeiter der Wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge	65 000
Beschäftigte Arbeitsdienstwillige	130 000
	4 207 000

Laut amtlichen Berichts waren bei den Arbeitsämtern Ende August insgesamt 5 225 000 Arbeitslose gemeldet, 153 000 weniger als Mitte August. Demnach wären 1 018 000 Erwerbs-

lose auf den Arbeitsämtern zum Stempeln erschienen, ohne daß sie Unterstützung erhielten. Dazu kommt der Teil der Arbeitslosen, den wir als „Armee der Hoffnungslosen“ bezeichnet haben: rund 1,5 Millionen, die sich bei den Arbeitsämtern deshalb nicht melden, weil sie weder Unterstützung erhalten, noch auf Arbeitsvermittlung hoffen. Nach wie vor beträgt also wohl

die tatsächliche Arbeitslosigkeit: 6,5 bis 7 Millionen.

Das Versagen der amtlichen Statistik hat den Nachteil — oder für manche Kreise den Vorteil? —, daß sich die Wirkungen des Papenschen Wirtschaftsprogramms an den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt kaum werden nachprüfen lassen.

Rpt.